



Deutscher Bundestag

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammen-
arbeit und Entwicklung

Wortprotokoll der 49. Sitzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Berlin, den 17. Januar 2024, 09:00 Uhr
JKH, Jakob-Kaiser-Haus
1.302

Vorsitz: Dr. Christoph Hoffmann, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 3 – öffentlich – Seite 3

Unterrichtung durch die Bundesregierung (mündlich) **über die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ)** auf dem Balkan i. V. m. einem Gespräch mit **Dr. Thorsten Klose-Zuber** (Generalsekretär HELP e.V.) und **Julia Brückner** (Regionalrepräsentantin Balkan HELP)

Tagesordnungspunkt 9 – öffentlich – Seite 15

Unterrichtung durch die Bundesregierung (mündlich) **über die Ergebnisse der COP** i. V. m. einem Gespräch mit **Sara Ahmed** (Leiterin des Sekretariats der „Vulnerable 20“, V20)



Mitglieder des Ausschusses und Teilnahmevermerk

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Abdi, Sanae - ja Diaby, Dr. Karamba - ja Gava, Manuel - nein Leiser, Kevin - ja Schamber, Rebecca - ja Sthamer, Nadja - ja Türk-Nachbaur, Derya - ja	Hagedorn, Bettina - nein Heinrich, Gabriela - nein Klose, Annika - nein Lugk, Bettina - nein Rudolph, Tina - nein Scheer, Dr. Nina - nein Stamm-Fibich, Martina – nein
CDU/CSU	Kippels, Dr. Georg - ja Klein, Volkmar - ja Rachel, Thomas - ja Stefinger, Dr. Wolfgang - ja Ziemiak, Paul - nein Zippelius, Nicolas - nein	Gröhe, Hermann - nein Grübel, Markus - nein Hierl, Susanne - nein Leikert, Dr. Katja - nein Rüddel, Erwin - nein Weiss (Wesel I), Sabine – nein
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Düring, Deborah - ja Henneberger, Kathrin - ja Menge, Susanne - nein Otte, Karoline - ja	Gesenhues, Dr. Jan-Niclas - nein Schauws, Ulle - nein Uhlig, Katrin - nein Wagner, Johannes – ja
FDP	Gerschau, Knut - ja Hoffmann, Dr. Christoph - ja Mansmann, Till - ja	Beeck, Jens - nein Boginski, Friedhelm - nein Link (Heilbronn), Michael Georg – nein
AfD	Friedhoff, Dietmar - ja Frohnmaier, Markus - nein Naujok, Edgar - ja	Kaufmann, Dr. Malte - nein Keuter, Stefan - nein Weyel, Dr. Harald – nein
fraktionslos	Möhring, Cornelia - nein	



Tagesordnungspunkt 3 – Öffentlich -

Unterrichtung durch die Bundesregierung (mündlich) **über die deutsche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) auf dem Balkan** i. V. m. einem Gespräch mit **Dr. Thorsten Klose-Zuber** (Generalsekretär HELP e.V.) und **Julia Brückner** (Regionalrepräsentantin Balkan HELP)

Der **Vorsitzende**: So, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir steigen ein in den Tagesordnungspunkt 3 und dazu möchte ich hier an dieser Stelle unsere Gäste, Herrn Dr. Thorsten Klose-Zuber und Frau Julia Brückner ganz herzlich begrüßen, wie auch die Mitarbeiter des AA und des BMZ sowie unsere PStSn Dr. Bärbel Kofler. Ich freue mich, dass wir diesen Tagesordnungspunkt draufhaben und dass wir hierzu öffentlich tagen. Darauf möchte ich noch einmal hinweisen, die Übertragung wird im Parlamentsfernsehen auf Kanal 2 live gesendet. Ich denke, mit diesem Punkt können wir zeigen, was wir mit EZ in unserer unmittelbaren Nachbarschaft erreichen können. Deshalb bin ich sehr gespannt, was die Bundesregierung zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet, aber auch die Selbsthilfeorganisation HELP e. V. PStSn Dr. Kofler, wir haben gedacht, dass Sie mit einer Unterrichtung beginnen und dann die Vertreter von HELP zu Wort kommen, bevor wir dann in eine Berichterstatterrunde übergehen. Sie haben das Wort, Frau Dr. Kofler.

PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Herzlichen Dank für die Aufsetzung des Themas. Auch ich finde es sehr wichtig, über die Zusammenarbeit mit den Ländern des Westbalkans zu sprechen, auch vor dem Hintergrund, weil das natürlich auch eine hochpolitische Frage ist, wie wir mit den Ländern gemeinsam europäische Standards und eine Annäherung an europäische Werte erreichen können. Ich glaube auch, dass wir ein großes Interesse haben, als Deutschland, aber auch als EU, die Länder des Westbalkans, die uns umgeben und die nahe bei uns sind, zu stärken. Auch vor dem Hintergrund, dass es dort auch andere Kooperationsmodelle, wenn ich es so bezeichnen darf, von nicht-demokratischen Staaten wie China und Russland gibt, muss es in unserem Interesse liegen, da etwas Demokratisches entgegenzusetzen. Auch deshalb arbeiten wir mit den Ländern des westlichen Balkans zusammen. Mit vier Ländern bilateral, und zwar mit Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Serbien. Mit den beiden anderen Ländern, Nordmazedonien und Montenegro, arbeiten wir in Regionalvorhaben. Es gibt insgesamt 21 Regionalvorhaben. Wir kooperieren gerade, und das ist bei den Regionalvorhaben das Spannende, im Sinne des sogenannten Berliner Prozesses, der vor zehn Jahren in Berlin, von der damaligen Bundeskanzlerin mit initiiert wurde, um die informelle Zusammenarbeit der Länder auf dem westlichen Balkan zu stärken und um grenzüberschreitende Kooperationen voranbringen zu können. Das ist wirtschaftlich, sozial und infrastrukturmäßig wichtig, und es ist auch, wie ich es gerade erläutert habe, im politischen Interesse, hier zu besserer Kooperation und damit hoffentlich auch zu friedlicheren Prozessen auf dem Westbalkan zu kommen. Wir alle wissen, dass die politische Situation – der Kollege des AA kann sicher noch mehr dazu sagen – durchaus nicht einfach ist. Jüngste Beispiele, wie die Wahlen in Serbien, haben das gezeigt, die internationale Wahlbeobachtungskommission der OSZE hat ganz deutliche Unregelmäßigkeiten festgestellt und die Wahlen am 17. Dezember 2023 als inakzeptabel für ein Land mit EU-Kandidaten-Status bezeichnet. Auch das ist Teil der Wirklichkeit. Vor diesem Hintergrund versuchen wir, die regionale Kooperation zu stärken, um andere Perspektiven für die Menschen aufzuzeigen. Jetzt mache ich es ein bisschen konkret. Das erste sind die Zahlen unseres Portfolios, und dazu möchte ich ein paar Beispiele für die Länder nennen. Den Rest können wir, glaube ich, mit Ihrer Erlaubnis, Herr Vorsitzender, in der Diskussion dann gut bewältigen, gemeinsam mit den Kollegen. Das Gesamtportfolio der deutschen EZ im Westbalkan, inklusive der Marktmittel, das ist wichtig, es ist ja nicht nur das Thema Haushaltsmittel, sondern auch das, was über Banken, wie zum Beispiel die KfW, zur Verfügung gestellt wird und dann auch zurückgezahlt wird. Ich sage das immer dazu, zurückzahlbare Darlehen sind ein großer Teil dieses Portfolios. Also, dieses Gesamtportfolio beträgt 3,34 Milliarden Euro, davon sind 1,2 Milliarden Euro Haushaltsmittel, 477,5 Millionen Förderkredite. Da sind keine Haushaltsmittel dabei. Bei dem Rest, bei Marktmitteln, zinsvergünstigten Darlehen usw. ist immer ein kleiner Anteil Haushaltsmittel dabei, weil man irgendwie zu diesen Konditionen gelangen muss. Ich sage es mal untechnisch. In diesem Portfolio wird der größte Brocken



von den 3,34 Milliarden Euro investiert, und zwar 2,5 Milliarden Euro, in das Energie- und Klimaportfolio, Erneuerbare Energieerzeugung und Energieeffizienzsteigerung. Ich nenne jetzt ein paar Beispiele, die auch illustrieren, was wir darunter verstehen, mit der EZ die Region besser zusammenzubringen. Denn das ist, glaube ich, das Entscheidende an der Stelle, hier regional zu wirken. Es könnten zum Beispiel 168 Kilometer neue Stromleitungen verlegt werden, mit Umspannstationen und Schaltanlagen. Die verbinden Albanien und Nordmazedonien, Albanien und den Kosovo oder serbische und montenegrinische Abschnitte des Trans-Balkan-Korridors. Das zeigt schon ein bisschen, dass es darum geht, über Ländergrenzen hinweg, die Regionen besser miteinander, auch technisch, zu vernetzen. Wir haben im EE-Bereich in Serbien eine deutliche Einsparung an CO₂ erreichen können, nämlich 450 000 Tonnen. Wenn man es umrechnen möchte: Das entspricht ungefähr den Emissionen von 100 000 Verbrennerautos. Ich glaube, das ist schon wichtig. Wir haben Wasserkraftwerke rehabilitiert, Windparks unterstützt, insgesamt mit einer Gesamtleistung von 850 Megawatt. In Albanien haben wir, dank der Reformen, die mit Hilfe der KfW und – wie es so schön technisch heißt – policy based loans, also auf Politik, Dialog und Beratung basierende Kreditvergaben, zur deutlichen Verbesserung des Stromnetzes und auch zu Reformen im Stromsektor als Ganzes und damit zu einer sicheren Energieversorgung beigetragen. Wir haben Vorhaben der nachhaltigen Stadtentwicklung unterstützt. Dabei geht es im Wesentlichen um Wasser, Abwasser, Abfall und Verkehrsprojekte. Als Beispiel nenne ich hier die jetzt erstmalig funktionierende Abwasserversorgung im Kosovo. Ich glaube, das ist für die Bevölkerung der Hauptstadt Pristina, die jetzt durchgängig mit frischem Trinkwasser versorgt werden kann, ein wichtiges Momentum. Das hat auch etwas mit Stabilisierung von Regionen als solches zu tun. Diese Vorhaben lassen sich weiter fortsetzen. Wir haben drei Bereiche. Das eine ist, wie ich es genannt habe, das Energie- und Klimaportfolio. Das zweite ist nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, wo es um die Themen Ausbildungsstandards und Ausbildung geht. Das dritte ist der Bereich Good Governance. In diesem Bereich arbeiten wir insbesondere mit der EU zusammen. Zum Thema EU-Integration. Dabei geht es um die Stärkung von Verwaltungen. Dabei geht es um Korruptionsbekämpfung. Dabei geht es um Bildung gemeinsamer Standards, die sich an EU-Standards annähern und damit auch zu einer Beschleunigung der Integrationsprozesse beitragen sollen. Wir arbeiten auch in Serbien zum Thema Rechtsstaatlichkeit. Ich sage es ganz unverblümt: Ich glaube, das ist auch bitter nötig. Wir arbeiten genau an diesen Dingen und versuchen hier, die Möglichkeiten auszuweiten und die Themen Schutz der Grundrechte, Datenschutz und all diese Fragen voranzubringen. Vielleicht mache ich hier einen Punkt, ich lasse das gerne durch die Kollegen ergänzen. Wir arbeiten mit der Zivilgesellschaft zusammen. Wir arbeiten auf den verschiedensten Ebenen, um die EZ möglich zu machen, bilateral, im EU-Verband, natürlich mit der Zivilgesellschaft.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank! Ich denke, wir werden in der Fragerunde noch das eine oder andere besprechen oder auch beantworten können. Vielleicht das AA in drei Sätzen zur Gesamtlage Kosovo. Wie sieht es aus?

Niels von Redecker, Leiter Referat 212 (AA): Balkan, die Gesamtlage westlicher Balkan und Kosovo, da Sie es angesprochen haben: Da ist eines der Hauptkonfliktfelder der Normalisierungsdialo­g auf Basis des deutsch-französi­schen Papiers, das sogenannte Ohrid-Abkommen, das erst richtig starten muss. Wir wollen diesen serbischen Gemeindeverband in die Wege leiten, haben dafür zusammen mit dem Sonderbeauftragten der EU, Miroslav Lajčák, einen schönen Vorschlag entwickelt, ein Statut. Lajčák kämpft auf seinen wahrscheinlich letzten Metern als Sonderbeauftragter – auslaufende Kommission, auslaufendes EP – dafür, dass wir da noch einen konkreten Fortschritt erzielen können. Das wäre positiv, das haben wir nicht erreicht bislang, dass die Arbeit wirklich losgeht an dem Statut. Aber es hat viele kleine Schritte gegeben, auch von serbischer Seite, Zusagen, die sie uns gemacht haben, die auch weitestgehend eingehalten wurden. Ich sage nur ein paar Stichworte: Die Kennzeichenfrage, wo vor einem Jahr noch die Menschen auf die Barrikaden gegangen sind, ist jetzt gelöst, kann man sagen, und zwar in beide Richtungen. Man muss keine Aufkleber mehr auf Nummernschilder machen, wenn man die Grenze passiert. Eigentlich eine Kleinigkeit, würde man meinen, aber wichtig. Dann haben wir Zollstempel. Das läuft in der Praxis mittlerweile auch, dass die anerkannt werden. Wir haben seit 1. Januar eine Lösung, da muss man in



der Umsetzung schauen, dass das auch klappt mit der Energieversorgung im nördlichen Kosovo, und dass die Menschen dort auch für ihren Strom selbst bezahlen und nicht die Steuerzahler Kosovos. Auch da ist jetzt eine Lösung gefunden worden. Es gibt noch ein paar weitere Beispiele: Die Wahlen in Serbien vom 17. Dezember, da haben wir als AA sehr sichtbar reagiert mit einem Tweet, der fast eine Million Views bekommen hat. Andere EU-Mitgliedstaaten waren dort zurückhaltender. Entscheidend ist der Bericht der internationalen Wahlbeobachterinnen und -beobachter, der sehr eindeutig Unzulänglichkeiten festgestellt hat. Wir warten jetzt noch auf den Abschlussbericht, aber der wird nicht anders aussehen. Dann müssen, das fordern wir auch, die Empfehlungen von ODIHR umgesetzt werden. Ganz kurz noch zu Bosnien-Herzegowina, weil das der andere große Problembereich ist. Der Hohe Repräsentant, Christian Schmidt, hat öffentlich angekündigt, er erwarte hier Verbesserungen beim Wahlrecht. Ob die kommen werden, erscheint im Moment eher fraglich. Dann hat er auch öffentlich angekündigt, es könnte eine weitere Bonn-Powers-Entscheidung geben. Wann genau, ist noch unklar, eventuell schon Ende dieses Monats. Ansonsten ist der EU-Erweiterungsprozess natürlich das große Megathema. Da hatten wir im Dezember den Europäischen Rat. Neu ist, dass jetzt zu Bosnien und Herzegowina noch einmal ein Europäischer Rat im März kommt und dann kommt die Frage, ob man Beitrittsverhandlungen eröffnen kann – ja oder nein. Es bleibt ein kriterienbasierter Prozess. Das ist für beide Seiten wichtig, nicht nur für uns, sondern auch für die Länder in der Region. Die wollen nämlich keine politischen Einmischungen mit sachfremden Erwägungen von zum Beispiel Nachbarstaaten haben. Für Fragen stehe ich zur Verfügung.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für die politische Einordnung, den Rahmen. Aber was kann EZ in diesem Rahmen bewegen? Wir haben es schon gehört, gewisse Vernetzungen durch Wasser, Strom tragen zur Stabilisierung bei. Aber jetzt konkret: Was hat eine Organisation wie HELP hier getan, oder was gibt es an Beispielen, die Sie uns nennen können?

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär, HELP e. V.: Dr. Hoffmann, vielen Dank, und herzlichen Dank auch für die Einladung. Wir freuen uns sehr, einen kurzen Überblick geben zu können, was HELP – Hilfe zur Selbsthilfe auf dem Balkan macht. Vielleicht kurz zu unserer Organisation: Wir sind eine international tätige Hilfsorganisation mit Hauptsitz in Bonn, sind seit über 40 Jahren sowohl in der Humanitären Hilfe als auch in der EZ tätig und haben eine ganz interessante Gründungsgeschichte, weil wir nämlich die einzige Hilfsorganisation sind, die aus dem deutschen Parlament heraus gegründet worden ist. Im Nachgang der Invasion der Sowjetunion in Afghanistan gab es eine parteiübergreifende Initiative im Bundestag. Man hat damals gesagt, es ist wichtig, hier Flüchtlingshilfe in der Region sicherzustellen. Wir werden nach wie vor in unseren Gremien durch aktive und ehemalige Bundestagsabgeordnete getragen, was uns sehr, sehr freut. Es steckt schon im Namen drin, Hilfe zur Selbsthilfe. Was das konkret für uns bedeutet, zeigt sich in den verschiedenen Phasen, sowohl in einer akuten Notsituation als auch in einer langfristigen EZ, Menschen so früh wie möglich zu befähigen, in der Lage zu sein, ihre eigenen Lebensgrundlagen, ihre eigene Lebenssituation aus eigener Kraft so nachhaltig und so schnell wie möglich zu verbessern. Das ist auch genau der Ansatz, der für uns und unsere Arbeit auf dem Balkan im Vordergrund steht. Wir sind auf dem Westbalkan bereits seit 1995 aktiv. Jetzt zeigt sich relativ gut der Übergang. Anfangs in der akuten Nothilfe-Phase, im Zuge der Jugoslawienkriege, sind wir inzwischen mit 17 laufenden Projekten im Volumen von weit über 16 Millionen Euro in der Region tätig. Anfangs, wie gesagt, war es Nothilfe, heute im Bereich der wirtschaftlichen und vor allem sozioökonomischen Stabilisierung. Das ist, gerade mit Blick auf nachhaltige Wirtschaftsförderung, eine Schnittmenge zu dem, was PStSn Dr. Kofler gerade erzählt hat. Wir sind in Montenegro, in Serbien, Bosnien und Herzegowina, im Kosovo und auch in Albanien tätig, und es zeigen sich in der Region sehr gut die Übergänge von einer ursprünglichen humanitären Nothilfesituation hin zur EZ. Fokus bei uns sind da vor allem immer die gefährdeten Bevölkerungsgruppen, insbesondere in der Region, also Jugendliche, Frauen, Menschen mit Behinderungen, aber auch nationale Minderheiten. Die Herausforderungen in der Region kamen gerade auch schon, sie sind nach wie vor erheblich. Während wir das letzte Mal in der Region waren, eskalierten die Spannungen zwischen Kosovo und Serbien im Grenzgebiet. Das war also direkt erlebbar, und das ist beispielgebend für die politische Instabilität in der Region. Es ist auch nicht nur durch diese ad hoc auftretenden Krisen



sichtbar. Es ist nach wie vor im Stadtbild, in der Infrastruktur erkennbar. Die Kriegsschäden sind sichtbar im Gespräch, insbesondere mit den Menschen ist es sehr schnell möglich, Kriegstraumata zu erkennen. Die traumatische Situation der langjährigen Instabilität ist nach wie vor spürbar. Die Region wird durch sozioökonomische Probleme erheblich geprägt, zum Beispiel durch hohe Arbeitslosigkeit von 20 % oder mehr. Die Jugendarbeitslosigkeit ist teilweise noch höher. Dadurch bedingt gibt es auch eine hohe Abwanderung von Arbeitskräften. Folglich ist unser Schwerpunkt als zivilgesellschaftliche Organisation, vor allem auf einkommensschaffende Maßnahmen zu setzen, berufsbegleitende Weiterbildung zu organisieren und auch Existenzgründungen zu unterstützen. Das Potenzial für Existenzgründungen ist in der gesamten Gesellschaft vorhanden, und mit Blick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der Region investieren wir in Weiterbildungsprogramme und Ausbildungsprogramme. Und hier gelingt es uns seit 30 Jahren, mehr als 1 000 Jugendliche pro Jahr durch Weiterbildungsprogramme zu erreichen. Wir vergeben Grants – finanzielle Starthilfen – relativ großvolumig an Existenzgründungsinitiativen. So konnten wir in den letzten Jahren über 15 000 Kleinst- und Kleinunternehmer und -unternehmerinnen unterstützen in ihren Existenzgründungsideen. Wir evaluieren logischerweise auch: Halten sich diese Unternehmen? Wie geht es mit diesen Unternehmen nach einer solchen Förderung weiter? Wir haben eine erfreuliche Quote von über 80 % der Kleinunternehmen, die auch nach Ende dieser Förderung weiter existieren. 12 000 Unternehmen in der Region schaffen dank unserer Hilfe inzwischen Arbeitsplätze, expandieren im Übrigen in die Region, arbeiten nicht nur in ihrem Land, sondern gehen auch in die Nachbarländer. Das ist für uns ein ganz wichtiger Beitrag zur sozioökonomischen Entwicklung in diesen Ländern. Erfreulich in dem Bereich ist, dass wir in der Region eine hohe Eigenverantwortung wahrnehmen. Es ist also nicht so, dass diese Länder nur noch von ausländischer EZ abhängig sind, sondern sie beginnen, in ihre Entwicklung zu investieren. Bei unserer Dienstreise im Oktober konnten wir beispielsweise eine Kooperationsvereinbarung mit Admir Adrovic, das ist der Minister für Arbeit und Soziales in Montenegro, unterzeichnen, die uns und unsere Expertise nutzen. Um aber ihre eigenen, über ihren Staatshaushalt finanzierten, Programme im Bereich der sozioökonomischen Entwicklung umzusetzen steht inzwischen die Eigenverantwortung im Vordergrund, also Förderung hier bei uns, vor allem Existenzgründungen. Aber das versuchen wir auch durch einen regionalisierten Ansatz. Da würde Julia Brückner noch ergänzen.

Julia Brückner, Regionalrepräsentantin Balkan, HELP e. V.: Vielen Dank. Ich ergänze und fasse mich kurz. Als Regionalrepräsentantin der Organisation HELP pendle ich zwischen Berlin und der Region hin und her und bin sehr oft vor Ort. Wir haben uns dem regionalen Ansatz gewidmet, der für die internationale Gebergemeinschaft in den letzten Jahren immer interessanter geworden ist. Das resultiert daraus, dass sich die Herausforderungen in den Ländern und die damit einhergehenden Lösungsansätze sehr ähneln. Wir haben deshalb unser Regionalbüro Anfang 2023 in Belgrad etabliert. Dort führen wir also die jahrzehntelange Expertise, die wir in den verschiedenen Ländern haben, zusammen. Wir fördern die Zusammenarbeit in den Ländern, kanalisieren und mobilisieren Kapazitäten und versuchen, uns strategisch in der Region auszurichten. Vielleicht noch ein paar Worte zum Thema Lokalisierung und Minderheitenschutz. Neben den wichtigen Ansätzen der sozioökonomischen Stärkung möchten wir noch auf weitere Aspekte hinweisen. Zunächst einmal sehen wir es als essenziell, uns weiterhin auf akute Notlagen und Krisenfälle in der Region vorzubereiten. Diese bleiben nicht aus, obwohl wir uns von der Humanitären Hilfe wegbewegt haben über die letzten Jahre. Zweiter Punkt wäre, dass wir weiterhin einen großen Fokus auf den Einbezug der lokalen Zivilgesellschaft legen möchten. Drittens wollen wir die Unterstützung von besonders schutzbedürftigen Gruppen, wie bereits erwähnt, insbesondere ethnischer Minderheiten, aber auch zum Beispiel Menschen mit Behinderungen auf dem Balkan, fortsetzen. Zuletzt die Verknüpfung der unterschiedlichen Maßnahmen vor allem im Hinblick auf grünes Wachstum und nachhaltige Ansätze, wie auch von PStSn Dr. Kofler erwähnt, spielt eine große Rolle in unserer Arbeit vor Ort. Um noch einmal auf Punkt eins zurückzukommen, akute Notlagen und Krisenfälle. Die Region ist im Hinblick auf Naturgefahren anfällig. Das hat sich in der Vergangenheit gezeigt. Überschwemmungssituationen, teils auch Erdbeben, da sind wir als Organisation, die vor Ort seit vielen Jahren humanitär, aber eben auch entwicklungs-wirtschaftlich tätig ist, gut vernetzt. Wir haben es relativ einfach vor Ort, unsere Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, sollte es zu Nothilfesituationen kommen. Zweitens: Die nötige Lokalisierung. Das



ist für uns teilesenziell, oder Teil des Konzepts "Hilfe zur Selbsthilfe". Das bedeutet, dass wir in der Region, also auf dem westlichen Balkan, derzeit über 200 lokale Partnerorganisationen haben, mit denen wir unsere Projekte gemeinsam umsetzen. Das ist toll, weil man natürlich die Bedarfe vor Ort durch lokale Partner viel besser feststellen kann als durch eine Organisation, die nur von außen draufschauen würde. Gleichzeitig legen wir auch hier besonderen Wert auf interregionale Tätigkeiten und Initiativen. Zusätzlich bauen wir die Kapazitäten dieser lokalen Partner weiter mit auf und sehen uns hier als Partner auf Augenhöhe. Das ist auch sehr wichtig für uns. Punkt 3: Die Inklusion von Minderheiten. Es ist sicherlich bekannt, dass nach wie vor die gesellschaftliche und strukturelle Diskriminierung von Roma-Familien und die mangelnde Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem Balkan große Themen sind. Hier bemühen wir uns ebenfalls als Organisation, zusammen mit unseren lokalen Partnern, den Zugang zum Arbeitsmarkt zu fördern, Antidiskriminierung und Inklusion weiter auf dem Schirm zu haben, denn das sollte weiterhin eine große Rolle spielen und Schwerpunkt in der EZ in der Region sein. Wir sprechen noch über das grüne Wachstum auf dem Balkan. Auch da spielt die regionale Zusammenarbeit eine zentrale Rolle. Die Vernetzung zwischen den Ländern technisch und die Expertise werden großgeschrieben. Unsere Unterstützung, diese Mikrokredite oder Existenzgründungen von Kleinstunternehmen oder Kleinunternehmen, hat sich als Türöffner dargestellt, um nachhaltige Entwicklung zu fördern. Aber auch das Bewusstsein müsse weiterhin vorangetrieben werden. Wir legen einen großen Schwerpunkt auf innovative Betriebe, die im Umweltsektor tätig sind. Das ist Teil unserer Arbeit: In jedem Antrag oder jeder Bewerbung, die wir von Klienten kriegen, spielt das eine Rolle, ist das ein Aspekt, der mit einfließt. Auch hier vernetzen wir unsere Partner und Klienten in dem Bereich landesübergreifend. Da gibt es Netzwerke, Veranstaltungen, Workshops etc. Ganz pragmatisch und zusätzlich möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir inhaltliche Schwerpunkte in den letzten Jahren auch auf Female Empowerment gesetzt haben. Die Ermächtigung der Frauen spielt eine sehr, sehr große Rolle in der Region. Auch das Thema Digitalisierung, gerade bei der jüngeren Generation, denn der Zugang zum Arbeitsmarkt hat sich dann als sehr erfolgreich herausgestellt.

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär, HELP e. V.: Vielleicht abschließend, ein letzter Satz, oder vorletzter Satz: Es ist jetzt keine große Überraschung, dass wir als zivilgesellschaftliche Organisation darauf hinweisen möchten, wie wichtig in der EZ insbesondere die Befähigung und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft vor Ort ist. Auch gerade mit Blick auf Bemühungen, Stabilität, EU-Integration, Fragen der Migration, aber auch wirtschaftliche Zusammenarbeit wird es, glaube ich, in der Region langfristig nur gelingen, Entwicklungserfolge zu erzielen, wenn man das logischerweise aktiv mit der Zivilgesellschaft macht. Deswegen sind wir sehr froh, dass wir hier sein dürfen, um zu präsentieren und danken ganz herzlich für die Einladung.

Der Vorsitzende: Vielen Dank für die Darstellung, und wir kämen jetzt zur Berichterstatterrunde bzw. Fragerunde. Sie können Fragen stellen an alle hier Anwesenden, und wir wären dankbar, wenn Sie dann sagen, an wen die Frage jeweils geht. Jeweils vier Minuten stehen zur Verfügung pro Fraktion. Herr Leiser, für die SPD, Sie haben das Wort.

Abg. **Kevin Leiser** (SPD): Ich denke, wir sehen, wie wichtig EZ und generell unser Engagement ist, um die Region zu stabilisieren, um Entwicklung zu ermöglichen. Es gibt immer wieder neue Herausforderungen. Sie sprachen vom Kennzeichenstreit, der Gott sei Dank jetzt gelöst werden konnte. Jetzt möchte ich einen Fokus auf eine neue Herausforderung legen, die wurde auch schon angesprochen, nämlich die Berichte über Wahlfälschungen in Serbien. Dazu meine Frage an das BMZ und an Sie von HELP: Welche Implikationen hat das denn jetzt für unsere Zusammenarbeit vor Ort. Zweiter Punkt: Sind Berichte über den kalten Winter dort und die geflüchteten Menschen, die sich dort aufhalten, zutreffend? An Sie, Herr Klose-Zuber und Frau Brückner, die Frage, wie die Organisation vor Ort damit umgeht.

Der Vorsitzende: Gut, dann würde ich sagen, fangen wir mal mit dem BMZ an und gehen dann zu HELP.



PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Ja, vielen Dank für Ihre Frage. Ich greife gerne auf die Expertise der Kollegin, das möchte ich auch noch mal deutlich sagen an der Stelle, zurück, weil sie natürlich unsere ausgewiesene Expertin für den Westbalkan ist und gerne im Detail ergänzen kann. Ich glaube, zur politischen Einordnung ist wichtig: Es wurde vom Kollegen vom AA sehr deutlich gesagt, dass wir als Bundesrepublik Deutschland reagiert haben auf die Berichte der Wahlkommission von ODIHR und das auch deutlich benannt haben. Ich glaube, es ist wichtig, diesen politischen Prozess zu führen, mit Serbien. Wir sehen unsere Aufgabe in der EZ genau in der Frage des Aufbaus der Good Governance, zum Beispiel, wenn ich das für Serbien sagen darf. Ich habe vorher auch kurz erwähnt, dass wir gerade in dem Bereich Good Governance sehr aktiv arbeiten, auch in Serbien. Die Stärkung der Rechtstaatlichkeit ist ein wesentliches Thema unserer Zusammenarbeit, auch wenn es um die Frage der EU-Standards im Bereich Justiz und Grundrechte geht. Wir arbeiten genau an den Reformen der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Korruptionsbekämpfung und dem Schutz von Grundrechten. Auch da möchte ich noch mal betonen, ich habe vorher nur kurz „Datenschutz“ gesagt. Aber es geht auch um Prozesskostenhilfe für bedrohte Menschen. Es geht um den Schutz von Minderheiten, der gerade auch schon angesprochen wurde. Wir versuchen, entsprechende Kapazitäten in den Institutionen zu stärken. Wir arbeiten dort auch mit dem Justizministerium, mit Staatsanwaltschaften und der Verwaltungsgerichtsbarkeit zusammen. Das ist für uns eine Konsequenz oder eine Ableitung, dass man genau das Gegenteil tun muss von dem, was politisch oft läuft, nämlich Good Governance, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen und zu fördern.

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär HELP e.V.: Thema Wahlfälschungen oder Regierungsführung: Wir versuchen in der Regel, so regierungsfern wie möglich zu implementieren, so dass wir insbesondere über die Zivilgesellschaft in der Lage sind, unsere Hilfsprojekte umzusetzen. Deswegen ist der politische Rahmen für uns zwar wichtig, weil wir uns mit den Behörden staatlicher Autoritäten koordinieren müssen, wir sind aber zum Glück in dem, was wir tun, nicht von ihnen abhängig und auch nicht unbedingt von der Regierungsführung. Deswegen betreffen uns die Wahlfälschung oder ähnliche Probleme im politischen Spektrum auch in anderen instabilen Regionen beispielsweise eher seltener, zum Glück.

Julia Brückner, Regionalrepräsentantin Balkan HELP: Ganz schnell zu Winterization der geflüchteten Menschen in der Region. Also seit Kriegsbeginn 2022 hat unsere Organisation in allen Ländern für die Nothilfe der geflüchteten Ukrainer und Ukrainerinnen parat gestanden, hat da groß unterstützt. Mittlerweile hat sich das Problem etwas relativiert, zumindest in der Region. Wir, als Organisation, sind humanitär vor allem noch in der Ukraine und in Moldau tätig. Aber auf dem westlichen Balkan ist die Hilfe in diesem großen Stil nicht mehr notwendig. Wir stehen in Zukunft weiter parat, sollten sich die Flüchtlingsströme wieder anders entwickeln. Dann hilft HELP genauso wie überall anders auch.

Der Vorsitzende: Wir haben da vorne immer so eine Uhr laufen. Da müssen wir darauf achten, wenn zwei verschiedene gefragt werden. Darauf sollte Rücksicht genommen werden, sodass vielleicht noch eine zweite Antwort gegeben werden kann. Abg. Klein, Sie haben jetzt das Wort.

Abg. **Volkmar Klein** (CDU/CSU): Schon einmal herzlichen Dank für die Berichte und die sehr gute Arbeit von HELP im Balkan. Ich habe zwei Fragen: Erstens zum Thema Good Governance, Rechtstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung: Da würde mich die Einschätzung vom AA interessieren, wie denn da die Lage in Albanien, wo das Thema Organisierte Kriminalität (OK) traditionell leider eine sehr große Rolle spielt, eingeschätzt wird. Zweitens dann an HELP die Frage: Wie können Perspektiven für Menschen geschaffen werden? Stehen da einkommensschaffende Maßnahmen im Mittelpunkt? Vielleicht noch ein paar Sätze: Was gehört alles zu diesen einkommensschaffenden Maßnahmen, die HELP in den Westbalkanländern unterstützt?

Der Vorsitzende: Dann werden wir mit dem AA anfangen. Ganz kurz zu Korruption und Albanien.



Niels von Redecker, Leiter Referat 209 (AA): Also Rechtsstaatlichkeit und Bekämpfung von OK ist natürlich in der ganzen Region wichtig. Ich sage aber auch immer, wenn ich irgendwo mit Menschen aus der Region zusammen bin, dass Korruption sozusagen menschlich ist und dass es die auch in Deutschland und überall gibt. Wichtig ist, dass die Institutionen funktionieren. Da hat Albanien sehr viele Fortschritte erzielt in den letzten Jahren, bei der Stärkung der Institutionen, auch bei der Schaffung einer Spezialpolizei. Letztlich ist dieser berühmte Beleri-Fall von dem Bürgermeister an der griechischen Grenze, der die Fortschritte beim EU-Beitrittsprozess behindert, ein Fall der Korruptionsbekämpfung, denn es ging um Stimmenkauf. In drei anderen Ortschaften gab es das auch, und dann wurden die entsprechenden gewählten Bürgermeister auch festgenommen. Übrigens betraf das auch drei Bürgermeister aus der Regierungspartei. Also das, finde ich eigentlich, sind schon ganz nennenswerte gute Fortschritte. Der Bereich OK-Bekämpfung ist natürlich ein Thema: Zigarettenschmuggel, Menschenhandel und ähnliches. Das ist immer noch ein Problem, aber es hat auch Fortschritte gegeben.

Der **Vorsitzende**: Jetzt HELP zur Perspektive Einkommen.

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär HELP e.V.: Was bestimmt einkommensschaffende Maßnahmen? Einerseits Identifizierung derjenigen, die im Bedarfsbereich die Möglichkeit haben, eine Existenz zu gründen. Also, wer hat welche Ideen in der Region, in welchen Kontexten, für welche Märkte? Das zu identifizieren, ist der erste Schritt. Es geht auch um eine finanzielle Unterstützung. Hier finden Anschubfinanzierungen statt, um diese Unternehmensidee tatsächlich über einen Geldtransfer, über eine Förderung zu ermöglichen, dann wird das kombiniert mit entsprechenden Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen. Manche Empfänger dieser Grants haben eine Projektidee, aber brauchen eine Unterstützung, eine Weiterbildung, dann eine Schaffung des Marktzugangs, damit sie in der Lage sind, vor Ort diese Idee umzusetzen und Einkommen zu schaffen. Dann idealerweise, wenn ein Wachstum auf dem Markt stattfindet, auch eine Unterstützung im Bereich Management, Training etc. für die Unternehmensführung, bei Kleinst- oder Kleinbetrieben spielt das eine wichtige Rolle. Wir versuchen auch beispielsweise schon in Gefängnissen anzusetzen, an einem Resozialisierungsprogramm mitzuarbeiten, um dann dort idealerweise Übergänge aus dem Gefängnis heraus in eine Existenzgründung zu schaffen. Das ist schwieriger als die Existenzgründung, in der Gesellschaft ohne Hafterfahrung. Aber das sind die Komponenten für einkommensschaffende Maßnahmen, die sich als Erfolg erweisen.

Abg. **Deborah Düring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank auch von meiner Seite für Ihre Berichte. Meine erste Frage würde an HELP e. V. gehen. Vielleicht könnten Sie noch einmal Ihre Einschätzung in Bezug auf die aktuelle Situation der Roma auf dem Westbalkan teilen und welche Maßnahmen Sie dort konkret leisten und welche Wirkung Sie mit diesen Maßnahmen in den letzten Jahren erzielt haben.

Julia Brückner, Regionalrepräsentantin Balkan HELP: Ich würde kurz anfangen. Die Diskriminierung der Roma- und Egyptian-Familien vor Ort ist nach wie vor sehr offensichtlich. Was wir seit vielen Jahren tun, um diesem Problem entgegenzutreten, ist die Vulnerabilität zu berücksichtigen. Man muss sich das so vorstellen: Wenn sich eine Person bei uns bewirbt, um zum Beispiel eine Anschubfinanzierung zu erhalten, dann wird die Vulnerabilität dieser Personen anhand von verschiedenen Kriterien analysiert oder festgesetzt. Die ethnische Herkunft, zum Beispiel Roma, ist ein Teilaspekt dieses Ganzen. Wir legen einen großen Wert auf Ausbildung und Bildung und sind dazu vor Ort mit allen lokalen Roma- und Sinti-Assoziationen vernetzt. Zum Beispiel mit dem Roma-Council in Serbien, dort haben wir uns zuletzt getroffen, um lokal zusammenzuarbeiten und dieser Diskriminierung entgegenzutreten.

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär HELP e.V.: Ich würde vielleicht noch ganz kurz ergänzen. Das, was in den Gemeinden, in denen natürlich auch Roma-Familien leben, eine wichtige Rolle spielt, ist Akzeptanz, Integration der Gemeinden und, wenn dann Hilfsprogramme stattfinden, die dann auf Roma-Familien zielen, dann nicht die Gemeinden, in denen sich die Roma-Familien befinden, zu vernachlässigen, sondern idealerweise gemeinschaftliche Programme aufzusetzen, damit sowohl Roma-Familien als auch



die Host Communities davon profitieren können, was im Endeffekt dann auch wieder zu einer Integration führt. Das kann aber auch eine teilweise Instandsetzung von Infrastruktur bedeuten, Wohnverhältnisse zu schaffen, auch für die Familien und darüber dann wiederum eine soziale Integration in den verschiedenen dörflichen Strukturen zu ermöglichen. Das werden noch weitere Schwerpunkte bei uns.

Abg. **Deborah Düring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich fände es total spannend von BMZ-Seite aus bewertet zu bekommen, wie Sie die Lage einschätzen und wie Ihre Unterstützungsleistungen in Bezug auf diese marginalisierte Gruppe aussieht.

PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Ich fange vielleicht an und würde dann zur Ergänzung an die Kollegin abgeben, weil ich einen Punkt noch mal sagen möchte, der auch mit der Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in dem Sektor zu tun hat. Wir haben ein Gesamtportfolio von gut 260 Millionen Euro in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, nicht nur mit HELP, sondern mit zahlreichen Organisationen auf dem Westbalkan. Bei sehr vielen dieser Partner und den Projekten, die wir fördern, ist das Thema Inklusion von Roma in den Arbeitsmarkt oder die soziale Integration eines der ganz Großen, oder es sind die Projekte, die wir fördern. Das wollte ich als einen der Punkte darstellen. Das ist sehr wichtig, das sehr personennah mit den Menschen vor Ort zivilgesellschaftlich umzusetzen.

MRn **Heike Backofen-Warnecke**, Leiterin Referat 302 (BMZ): In der Tat ist die Unterstützung von Minderheiten, gerade auch von Roma in den Ländern des Westbalkan integraler Bestandteil unserer Maßnahmen, die wir in den einzelnen Ländern durchführen. Wir haben tatsächlich einen besonderen Blick darauf: Inwieweit können wir Angehörige der Roma in unseren Maßnahmen speziell und ganz gezielt unterstützen? Es ist jetzt nicht so, dass wir gesonderte Maßnahmen haben, sondern es ist in der Tat integraler Bestandteil. Damit haben wir tatsächlich auch die größten Erfolge erzielt.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Ich beobachte die Arbeit von HELP als Parlamentarier schon seit Jahren und bin begeistert, wie gezielt und effektiv Sie in Ihren Projekten vorgehen. Ich habe drei Fragen an HELP. Der anhaltende Konflikt zwischen Serbien und Kosovo wirkt sich vor allem politisch auf die Bevölkerung aus. Spüren Sie da Verschärfungen oder auch Entspannungen in der Projektarbeit, und können Sie darauf reagieren? Die zweite Frage ist: Gibt es Möglichkeiten, Flüchtlinge und damit sind nicht nur die aus der Ukraine gemeint, die in den Westbalkanstaaten gestrandet sind, in die Entwicklung dieser Länder sinnvoll einzubinden? Was mich auch besonders interessiert: In welcher Höhe beteiligen sich staatliche Institutionen, zum Beispiel Gemeinden oder Ministerien, an der Förderung für den westlichen Balkan?

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär HELP e.V.: Ich fange mit der letzten Frage an, weil die am einfachsten zu beantworten ist, weil das so eine griffige Zahl ist. In der Tat, von unserem Portfolio momentan, immerhin knapp 17 Millionen Euro, werden 25 % des Portfolios nicht mehr von ausländischer EZ getragen, sondern kommen aus der Region selbst, durch lokale Behörden, durch staatliche Ministerien. Das ist schon eine beachtliche Summe. Der Konflikt, den empfand ich als wahnsinnig spürbar. Denn in unterschiedlichsten Gesprächen mit unseren Kolleginnen, die natürlich aus der Region kommen, die auch Kriegserfahrungen haben, gerade als diese Spannungen wieder zunahm um den Grenzkonflikt zwischen Serbien und Kosovo war deutlich spürbar, dass man sich wieder auf eine weitere Eskalation einstellte. Das behindert die Menschen massiv in der Organisation ihres Alltags. Auch in der Identifizierung von langfristigen Perspektiven. Das wirkt sich natürlich auf unsere Projektmaßnahmen aus, weil wir einen Konflikt organisatorischer Natur haben. Wenn wir einerseits versuchen, langfristige Perspektiven zu schaffen, aber es immer wieder konterkariert wird durch eine politische Unsicherheit, bei der unsere Klienten in den Projekten ihr Bestes versuchen, aber gar nicht sagen können, ob sie eine Sicherheit haben, auch nur die nächsten fünf Jahre, oder ob es wieder zu einem gewaltsamen Konflikt kommt oder ähnliches. Also es ist eher eine Art von, ich würde sagen, einem psychologischen Problem, sich auch langfristig auf entsprechende Kontexte einstellen zu können, wenn man in seinem Umfeld nicht das Gefühl von Sicherheit und Stabilität hat. Das geht aber Hand in Hand, weil nur das eine mit dem anderen sozusagen



funktioniert. Projektarbeit von Flüchtlingen, in der Tat Flüchtlingsarbeit. Wir sind gegründet worden als eine Organisation, die sich um Flüchtlinge gekümmert hat. Das spielt auch in der Region eine wahnsinnig wichtige Rolle für uns. Es ist dort aber eher noch ein klarerer humanitärer Fokus in der Ausrichtung, also Flüchtlingsversorgung bedarfsgerecht sicherzustellen, dass man dort auch im Bereich der Überlebenssicherung, im Bereich der Daseinsvorsorge usw. tätig ist. Es ist jetzt für uns noch kein Schwerpunkt in der Region, Flüchtlinge in langfristige, einkommensschaffende Maßnahmen oder Integration dieser Art zu bringen, weil schlicht und einfach der Status dieser Flüchtlinge nicht dauerhaft geklärt ist, was es wiederum für uns schwierig macht, langfristige Perspektiven zu entwickeln. Das ist sicherlich eines der Spannungsfelder.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Ich habe drei Fragen an HELP: Wie steht es um die Sicherheitslage Ihres Vereins im Kosovo und in Serbien, vor dem Hintergrund der immer wieder aufflammenden Grenzkonflikte? Wie hoch sind bei Ihren Projekten im Balkan durchschnittlich die Kosten für Personal, sowohl deutsches als auch ausländisches? Gab oder gibt es in den vergangenen Jahren auf dem Balkan Negativbeispiele für Mittelfehlverwendungen seitens der Empfänger? Wenn ja, welche?

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär HELP e.V.: Die Sicherheitslage des Vereins in der Region ist gut. Wir verfügen über ein sehr ausgeklügeltes Sicherheitsnetzwerk. Wir haben einen Sicherheitsberater vor Ort, wir sind informiert über Sicherheitsvorkommnisse. Das ist vor allem auch aufgrund unserer Vernetzung in der lokalen Zivilgesellschaft und durch die lokalen Büro-Strukturen der Fall. Wir haben also lokale Mitarbeitende vor Ort, die die Sicherheitslage besser einschätzen können, als wenn man nur einen ständigen Fly in – Fly out macht. Insofern besorgt uns dies nicht. Insbesondere bei Eskalationen politischer Natur haben wir auch Evakuierungspläne und ähnliches, die wir dann aktivieren können, um Menschen im Büro oder zu Hause zu lassen. Die Personalkosten bei uns in den Projekten belaufen sich auf 8,2 %, der Rest geht direkt in die Projekte. Negative Beispiele mit Blick auf Mittelverwendung oder ähnliches im Balkan hat es, was die Klienten und Empfänger betreffen, zumindest in den letzten Jahren meines Wissens nicht gegeben.

Der **Vorsitzende**: Wollen Sie noch weitere Nachfragen stellen, Herr Naujok? Nicht? Dann kämen wir zur zweiten Runde und würden wieder zur SPD gehen. Herr Leiser!

Abg. **Kevin Leiser** (SPD): Sie sprachen vorher davon, dass Sie so staatsfern wie möglich sind, ergo: viel Kontakt mit Zivilbevölkerung. Das, was wir in Deutschland, Europa und fast überall auf der Welt gerade brauchen, ist Zuversicht, Blick nach vorne, Zukunft. Da meine Frage: Welche Wahrnehmung haben Sie denn von den Menschen vor Ort? Das wird sicherlich ein breites Bild sein. Wenn Sie es zusammenfassen müssten, wo möchten diese Menschen in 10, in 20 Jahren stehen?

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär HELP e.V.: Das ist eine gute Frage, weil es tatsächlich von Land zu Land sehr unterschiedlich ist. Ich habe die Menschen in den Ländern mitunter sehr unterschiedlich wahrgenommen. Also als sehr stark fokussiert auf ihren Nationalstaat, was für mich durchaus ein Charakter ist, den ich in Serbien wahrgenommen habe. Im Kosovo ganz anders, da geht es viel mehr in Richtung Europa und europäische Integration. Für mich fand ich ohnehin interessant wahrzunehmen, dass von all den Ländern der Kosovo auch am europäischsten wirkte. Das ist aber jetzt eine persönliche Meinung von mir. Grundsätzlich glaube ich, wenn man mit den Menschen spricht, findet man schon eine gewisse Distanz zwischen dem, was politisch passiert und dem, wie Menschen auf die Politik schauen. Wenn man mit den Menschen vor Ort spricht, sei es mit unseren Mitarbeitenden, aber auch mit den Klienten, hatten wir nie den Eindruck, dass die großen zwischenstaatlichen Konflikte das Hauptthema für die Menschen dort vor Ort sind. Da gibt es, finde ich, eine Distanz zwischen den politischen Prioritäten, die mitunter gesetzt werden, in den Ländern, auch auf Konfrontation zu gehen. Ich rede jetzt insbesondere von Serbien und Kosovo, und gleichzeitig gibt es aber die Motivation der Menschen, diese Art von



Spaltung zu überwinden, sich eher regional aufzustellen und grundsätzlich in Richtung Europa zu blicken. Natürlich dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass es da unterschiedlichste Bemühungen gibt, auch von nicht-europäischen Kräften logischerweise, auf diese Region Einfluss zu nehmen. Das spüren die Menschen ebenfalls. Da ist schon ein Zwiespalt gegeben, wie organisiere ich mein eigenes Lebensumfeld in Richtung Europa und bin idealerweise regional aufgestellt.

Julia Brückner, Regionalrepräsentantin Balkan HELP: Ich würde noch ganz kurz ergänzen wollen: Wo sehen sich die Menschen dort in den nächsten 5 bis 10 Jahren? Eine Entwicklung, die vor Ort alle Länder gleichermaßen betrifft, ist die Abwanderung von Fachkräften und eine große Migration Richtung EU. Das sehen wir überall dort und somit versuchen wir, mit diesen einkommensschaffenden Maßnahmen, vor allem bei der Jugendarbeitslosigkeit durch das Thema Digitalisierung und Stichworte „Remote Work“, „IT-Branche“ etc. entgegenzuwirken, so dass vor allem die jüngere Generation auch mittel- bis langfristig wieder eine Perspektive in ihren Heimatländern findet. Viele Menschen möchten bleiben, aber sie sehen keine Perspektive, und die Abwanderung ist enorm. Dementsprechend hat aber auch die Diaspora einen sehr, sehr großen Einfluss von außen. Das war mir vorher nicht so bewusst, wie viele Leute ihre Heimatländer verlassen und dann nur in den Sommermonaten zurückkommen. Pristina wirkt auf einmal dreimal so groß oder hat dreimal so viele Menschen wie in den restlichen Monaten.

Abg. **Volkmar Klein** (CDU/CSU): Zwischen den Ländern gab es dann relativ hohe Hürden und wenig geöffnete Grenzen und deswegen vielleicht auch die Schwierigkeit, irgendetwas zu skalieren. Deswegen wären meine Fragen: 1. Wie wird das denn bei der Zusammenarbeit bei HELP empfunden, in mehreren Ländern, gelingt das vielleicht im Zeitablauf besser? An das AA : 2. Die Idee des Berlinprozesses war, unseren Partnern dort zu sagen: Ja, es ist wichtig, wir sind zwischen den Westbalkanländern und der EU im Gespräch, aber ihr sollt auch am besten untereinander ein viel engeres Netzwerk schließen, was man als das Anliegen von Open Balkan ansehen könne, das eine Initiative ist, die im AA lange eher kritisch betrachtet wurde, aber die selbst organisierte, im Grunde für alle offene Plattform innerhalb des Westbalkans ist. Vielleicht diese beiden Einschätzungen.

Dr. Thorsten Klose-Zuber, Generalsekretär HELP e.V.: Zum Thema Regionalisierung, was sich als sehr erfolgreich erweist, nicht nur aus einem Land, in einem Land betrieben zu werden, sind vor allem Existenzgründungen, die sich im gesamten Bereich Digitalisierung, IT, also im Dienstleistungssektor, bewegen. Da gibt es wahnsinnig viele Initiativen, die beispielsweise aus dem Kosovo heraus gegründet werden, die dann aber nicht nur im Kosovo IT-Dienstleistungen anbieten, sondern auch interessanterweise in Serbien oder in den anderen Nachbarländern. Diese Art Existenzgründung im Dienstleistungssektor ist ein klassisches Beispiel, bei dem es relativ problemlos grenzüberschreitend funktioniert.

Niels von Redecker, Leiter Referat 209 (AA): Vielen Dank für die Frage zum Berlinprozess. Er wurde auch schon vom BMZ eingangs erwähnt. Das ist für uns ein Herzensanliegen, jetzt zum 10. Jubiläum in Berlin weitere konkrete gute Fortschritte in dem von Ihnen angesprochenen Bereich zu erzielen. Offene Grenzen war Ihre Frage. Da haben wir jetzt den Erfolg aus dem Berlin-Prozess, dass zwei der Mobilitätsabkommen nun mittlerweile von allen sechs Staaten ratifiziert worden sind, zuletzt waren es Bosnien und Herzegowina und Montenegro gewesen. Das hat jetzt geklappt, und wir erhoffen uns in diesem Jahr weitere Fortschritte in dem Bereich wechselseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen. Wir arbeiten an den freien Reisen, nur mit dem Personalausweis. Das klappt ja schon zwischen fünf Ländern. Bosnien und Herzegowina ist hier wiederum die Ausnahme. Wir haben nichts gegen die Open Balkan-Initiative, sie ist aber nicht so inklusiv, wie Sie das eben angedeutet haben, aus unserer Sicht. Da machen nur drei Länder mit. Jetzt am Wochenende mal wieder in Skopje. Der Berlin-Prozess ist wirklich inklusiv, und deswegen sagen sogar Leute wie Edi Rama letzten Oktober: Der Berlin-Prozess ist das bessere Format.

Abg. **Deborah Düring** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erlauben Sie mir, kurz zu meiner letzten Frage eine Bemerkung zu machen. Sie können auch gerne darauf reagieren. Ich finde es sehr begrüßenswert. Auch



das BMZ hat von der Inklusion oder auch der Beteiligung von Roma geredet. Ich glaube, was immer wichtig ist, und das sehen wir in ganz vielen unterschiedlichen Konflikten, dass wir darauf achten müssen, auch in unseren Projekten, die sogenannte EZ Leistungen immer für alle zur Verfügung zu stellen und Barrieren abzubauen für alle, damit eben keine Neiddebatte aufkommt. Das ist äußerst wichtig, aus unserer Perspektive. Ich würde gerne noch mal wissen, wie Sie die Verbindung mit der EU-Perspektive oder den Dingen, die auf europäischer Ebene passieren, wahrnehmen. Nehmen wir beispielsweise mal die Frage von Wirtschaftsförderung, Erneuerbare Energien und Co. Vielleicht möchten da das Auswärtige Amt und das BMZ darauf antworten.

Niels von Redecker, Leiter Referat 209 (AA): Ich greife mal voraus und übergebe dann ans BMZ, das Thema Wachstumsplan für den westlichen Balkan: Die Kommission hat dazu einen Entwurf vorgelegt. Über den wird in diesen Wochen in den Ratsgremien diskutiert, und aus unserer Sicht ist so ein Instrument wichtig, immerhin geht es hier um sechs Milliarden Euro, das ist ein klein wenig mehr als unsere regionale Klimapartnerschaft, die aber fast so groß ist. Aber es soll aus unserer Sicht nicht ein rein technokratischer Prozess sein, sondern wir wollen hier auch auf Kriterien wie Rechtsstaatlichkeit und Fundamentals achten. Ja, wir haben Instrumente, das BMZ sagt dazu mehr, die EU auch, und im Growth Plan ist explizit auf den Berlin-Prozess, wie den gemeinsamen regionalen Markt, Bezug genommen worden. Das empfanden wir als einen schönen Erfolg.

PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Eine Zahl vielleicht, die es ein bisschen illustriert: Ich habe vorher von unserem Gesamtportfolio gesprochen. Wir haben zum Beispiel für regionale Vorhaben ein Portfolio von 58 Millionen Euro im Westbalkan, der mit EU-Mitteln, das ist der Nukleus, sage ich mal, der EU-Mittel triggert und damit eine Kofinanzierung in Höhe von 770 Millionen Euro EU-Mitteln ausgelöst hat. Warum erwähne ich diese beiden Zahlen? Weil man sieht, was man auch mit einem kleineren Beitrag in dem Fall aus dem deutschen Haushalt an großen EU-Mitteln leisten kann, die dann genau in diesem Portfolio, die angesprochen worden sind, berufliche Bildung, Privatsektor-Förderung usw. neben dem Gesamtportfolio, Klimaziele, Annäherung an EU-Klimaziele, da geht es auch um EU-Standards auch in dem Bereich, umgesetzt werden können. Das ist, glaube ich, das entscheidende. Ich habe leider nicht mehr Zeit. Das ist das Format. Ein bisschen schwierig, manchmal einzuhalten, aber es ist wirklich nicht einfach.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): In manchen Ländern des Westbalkans könnte die Tourismuswirtschaft ein zukünftiger Wachstumsmotor sein. PStSn Dr. Kofler, gibt es hierzu Impulse seitens des BMZ, und wie schätzt HELP dieses Potenzial ein?

PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Ich mache es vielleicht ganz kurz, weil ich jetzt im Kopf keine eigenen Zahlen zum Thema Tourismusförderung habe. Vielleicht kann das die Kollegin ergänzen. Aber ganz generell möchte ich sagen, wir fördern zum Beispiel die duale Berufsausbildung. Das greift auch in den Bereich des Tourismus und des Dienstleistungssektors. Wir sind aber auch dabei, und das ist da ganz wichtig, die Privatsektor-Finanzierung – es ist ja vorher auch über kleine Initiativen gesprochen worden – wie überhaupt die Frage der Finanzdienstleistungen, zu fördern. Denn auch das brauche ich, wenn ich eine tragfähige Wirtschaftsentwicklung haben möchte, dann brauche ich tragfähige Finanzierungsströme. Auch das ist Teil unseres Portfolios. Zum Tourismus explizit vielleicht die Kollegin.

MRn **Heike Backofen-Warnecke**, Leiterin Referat 302 (BMZ): Ich stelle auf Albanien ganz konkret ab. Albanien hat ein großes Potenzial in Bezug auf Tourismus. Wir betten Tourismusförderung ein in unser Portfolio Wirtschaftsförderung allgemein, müssen allerdings in dem Zusammenhang auch auf Umwelt- und Klimaaspekte achten, dass beispielsweise keine Tourismusmaßnahmen in Naturschutzgebieten angesiedelt werden. Das muss abgestimmt sein und läuft ziemlich erfolgreich.

Julia Brückner, Regionalrepräsentantin Balkan HELP: Ich ergänze kurz seitens HELP: Tourismus hat wahnsinniges Potenzial in der gesamten Region. Das wird durch Projekte von uns teilweise auch schon



vorangetrieben. Gerade nachhaltiger Tourismus, sei es Wild Water Rafting irgendwo in Bosnien oder anderweitige Attraktionen oder auch Unterkünfte. Also alles rund um das Thema Tourismus wird schon sehr viel unterstützt. Zusätzlich vielleicht: Trans Dinarica ist gerade reisetechisch in aller Munde. Das ist eine 4 000 Kilometer lange Mountainbikestrecke, die alle Westbalkanländer miteinander verbindet. Sie wurde von einem großen Reiseunternehmen, Lonely Planet, für 2024 als Reiseregionalziel Nummer eins ausgeschrieben. Auch da sind etliche unserer Beneficiaries, unserer Klienten, mit beteiligt. Das wird auch im digitalen Spektrum durch Apps weiter mit ausgebaut. Also, es sind viele spannende Projekte und sehr innovative Projekte, und HELP unterstützt da schon sehr tatkräftig.

Abg. Knut Gerschau (FDP): Russland macht mir echt Probleme, gerade auch in Serbien und der bosnischen Republik Srpska. Wie kann die EZ diesen Einfluss zurückdrängen?

Niels von Redecker, Leiter Referat 209 (AA): Uns macht es auch Sorge, aber ich sage immer dazu: Wenn man genauer hinschaut, und das tun wir immer wieder in Einzelfragen, dann ist dieser vermeintliche große Einfluss an vielen Stellen gar nicht so groß. Oft wird auch mit dem Mythos gespielt, und zwar von beiden Seiten. Also auch die, die davor warnen, können das nutzen.

Abg. Edgar Naujok (AfD): Vielen Dank. Ich habe Fragen an die Bundesregierung: Erfüllt die serbische Regierung ihre Verpflichtung zu Reformen in Verwaltung und Regierungsführung für einen EU-Beitritt? Ist anzunehmen, dass die Bundeswehr ab April dieses Jahres im Rahmen des KFOR-Einsatzes eine aktivere Rolle bei der Eindämmung von Grenzkonflikten einnehmen wird? Die dritte wäre: Wie viele erfolgreiche Berufungsvermittlungen im Kosovo konnte das Deutsche Informationszentrum für Migration, Ausbildung und Karriere (DIMAK) im Jahr 2023 vermelden, bei denen die Personen eine langfristige Bleibeperspektive im Kosovo wahrnehmen können? Wie viele Kosovaren sind im Rahmen einer Vermittlung durch das Thema zum Arbeiten nach Deutschland übergesiedelt?

Der Vorsitzende: So ein bunter Strauß von Fragen in zwei Minuten an die Bundesregierung. Ich glaube, wir fangen mal mit dem BMZ an und gehen dann zum AA.

PStSn Dr. Bärbel Kofler (BMZ): Ich sage noch einmal, wie ich es auch am Anfang gesagt habe. Wir arbeiten mit Serbien daran, dass EU-Standards erreicht werden können. Das ist Teil des Auftrages, den wir miteinander haben, um an diesen Standards zu arbeiten, um eine Perspektive für das Land aufzuzeigen. Wie in allen unseren Projekten monitoren wir den Fortschritt all unserer Projekte sehr genau und machen unsere Weiterjustierung von Projekten immer dahingehend abhängig davon, wie die Zusammenarbeit funktioniert oder nicht funktioniert. Aber natürlich haben wir, ich habe es eingangs gesagt, ein geopolitisches Interesse daran, die Westbalkanländer als solche an die EU heranzuführen. Das gilt auch für Serbien. Zum Thema KFOR und Bundeswehr, glaube ich, müsste man vielleicht das BMVg befragen und ich glaube, Sie verstehen, dass ich im Kopf keine Zahlen habe, wer, wann, wo, wie, im Beruf vermittelt worden ist, da muss man schauen, was man an Zahlenmaterial dazu liefern kann. Das würden wir schriftlich nachreichen.

Niels von Redecker, Leiter Referat 209 (AA): Ich ergänze dann nur zur Frage KFOR. Letztes Jahr war ein schwieriges Jahr für die KFOR, erst unter dem italienischen, jetzt unter dem sehr guten türkischen Kommandeur, denn sie wurde angegriffen. Am 29. Mai in Zvecan, und dann gab es diesen räuberischen Überfall aus dem Hinterhalt in Banjska. Ich gehe nur darauf jetzt ein. Da wurde von beiden Seiten – Kosovo und Serbien – gefordert, KFOR muss hier stärker die Grenze schützen. Das macht KFOR, die Patrouillen sind verstärkt worden, um das Ein- bis Vierfache. Vier Mal mehr Patrouillen an der Grenze durch KFOR. Von daher erfüllt KFOR das Mandat gut. Wir werden unseren deutschen Anteil innerhalb des bestehenden Mandats erhöhen. Das ist schon angekündigt worden im Oktober, um eine Kompaniestärke. Ich denke, im Bundestag dürfte die Frage, die Sie gestellt haben, dieses Jahr dann auch wieder aufgebracht werden, die mögliche weitere Verstärkung des Mandats.



Der **Vorsitzende**: Vielen Dank dafür. Es gibt natürlich noch viele Fragen, die offen bleiben, auch zum Thema westlicher Balkan. Ich darf mich ganz herzlich bedanken bei allen Teilnehmern, vor allem bei HELP mit seinen zwei Vertretern, Herrn Dr. Klose-Zuber und Frau Brückner für die Informationen, die Sie uns gegeben haben, aber natürlich auch an die Mitarbeiter des AA und des BMZ, dass wir hier alles klären konnten, soweit es die Zeit erlaubt hat. Wir schließen damit diesen Tagesordnungspunkt ab.

Tagesordnungspunkt 9 – Öffentlich -

Unterrichtung durch die Bundesregierung (mündlich) **über die Ergebnisse der COP** i. V. m. einem Gespräch mit **Sara Ahmed** (Leiterin des Sekretariats der „Vulnerable 20“, V20)

Der **Vorsitzende**: Unser heutiger Tagesordnungspunkt 9 ist öffentlich: Unterrichtung durch die Bundesregierung über die Ergebnisse der COP 28. Ich begrüße dazu Sara Ahmed. Sie sitzt ganz links am Tisch. Sie ist Leiterin des Sekretariats der „Vulnerable 20“, Gründerin des Financial Future Centre und unterstützt die Finanzminister der V20, Vulnerable Group of Twenty des Climate Vulnerable Forums als Finanzberaterin. Sie ist außerdem Beraterin des Green Climate Fund und Vorsitzende des Investmentkomitees. Wir haben außerdem die seltene Gelegenheit, hier einen Botschafter zu begrüßen, nämlich Seine Exzellenz, Herrn Ahmed Alattar, Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate. Er ist heute als Zuschauer auf der Tribüne. Herzlich willkommen! Die COP 28 fand in den VAE statt und Sie waren, glaube ich, ein sehr generöser Gastgeber dieser Konferenz. Herzlichen Dank, dass Sie heute uns mit Ihrer Anwesenheit beehren. Nach der Unterrichtung durch die Bundesregierung folgt Frau Sara Ahmed mit ihrem Eingangsstatement von etwa sieben Minuten. Dann haben wir anschließend zwei Frage- und Antwortrunden mit jeweils vier Minuten pro Runde und Fraktion, das heißt, vier Minuten jeweils für Frage und Antwort. Jetzt starten wir mit PStSn Dr. Kofler, Sie haben das Wort.

PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Ganz herzlichen Dank auch von meiner Seite, und herzlich willkommen, Frau Ahmed. Ich bin sehr froh, dass wir uns mal persönlich treffen, weil wir uns sonst immer nur virtuell sehen, wenn wir über den globalen Schutzschirm zu Klimarisiken miteinander diskutieren. Schön, dass Sie in Berlin dabei sind. Das Ergebnis der COP als solches, denke ich, schätzen wir als BMZ im Großen und Ganzen sehr positiv ein. Aus einigen, glaube ich, bekannten Gründen. Es ist gelungen, einen Fonds und Finanzierungsarrangements zum Thema Schäden und Verluste zu etablieren, und es ist deutlich erkennbar die Abkehr von fossilen Energien in den Mittelpunkt gestellt worden. Das stellt einen entscheidenden Fortschritt dar. Ich glaube, das muss man auch so konstatieren. Der Tropfen Wasser im Wein ist, dass zu Recht kritisiert wurde, dass das Ambitionsniveau als solches in der Abschlusserklärung immer noch nicht ausreicht, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen. Das muss man auch so feststellen, und das ist nicht einfach. Für uns als BMZ ist es besonders wichtig, dass die internationale finanzielle Unterstützung deutlich steigen muss, um gerade bei der Implementierung von Anpassungsmaßnahmen, aber auch von Vermeidungsmaßnahmen für die Länder, die wenig oder gar nichts zum Klimawandel beigetragen haben, besser, stärker und leichter zugänglich gemacht wird. Das ist für uns ganz entscheidend. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es auch sehr, dass es wenigstens gelungen ist, in der COP 28 Finanzierungszusagen von mittlerweile ungefähr 800 Millionen US-Dollar zu generieren. Ich glaube, ein wichtiger Beitrag war zu Beginn der COP das Zeichen, das die VAE und Deutschland gemeinsam gesetzt haben, mit der Zurverfügungstellung von 100 Millionen US-Dollar, um damit auch andere Länder anzureizen und zu animieren, einen Beitrag zu leisten, um die Finanzierungszusagen nach oben zu bekommen. Das ist etwas, an dem wir weiter miteinander arbeiten müssen, denn das ist eine Aufgabe, glaube ich, der Weltgemeinschaft, hier zu adäquaten, auch finanziellen Lösungen zu kommen. Für uns als BMZ ist es wichtig, zwei Dinge zusammenzubringen. Einerseits sozial inklusiv zu sein, das heißt, die Gesellschaften, die Menschen mit ihren ganz elementaren Existenzbedürfnissen im Blick zu haben und zu unterstützen, auch in Fragen der Anpassung, aber auch gerade in Fragen von Verlust und Schäden, und andererseits auf eine



klimaneutrale treibhausgasvermeidende Zukunft hinzuarbeiten mit klimaneutralen Energiesystemen, ambitionierten Zielen zur Emissionsminderung und das auch in den Mittelpunkt unserer Programme zu stellen. Dazu ist es wichtig, dass wir miteinander multilateral agieren. Ich habe das schon kurz ausgeführt, und ich freue mich, und dazu sage ich einen Satz, vielleicht auch noch ganz kurz am Anfang, dass wir als Deutschland sehr aktiv in diesem Globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken engagiert sind, von Anfang an und damit auch eine Initialhilfe über die G7 ins Leben gerufen haben. Das haben wir gemeinsam mit den V20, also den am meisten vulnerablen Ländern, gemacht, um hier zu länderspezifischen passenden Lösungsansätzen zu kommen, um, wenn nötig und möglich, präventiv aktiv zu sein. Das heißt, in den Ländern auch die Risiken ausloten zu können, risikobasierte Ansätze zu unterstützen, zu sehen, was können dann die passenden Anpassungsmaßnahmen oder Vermeidungsstrategien für Schäden sein und hier wirklich mit den Erfahrungen der Partnerländer aus den V20 gemeinsam zu arbeiten und voranzukommen. Ich glaube, dieser Schutzschirm, da wird Frau Ahmed sicher noch mehr zu sagen können, ist ein ganz wichtiges Instrument, auch in der Umsetzung aller Fragen, die sich dann auch aus den Finanzströmen, die in den Fonds sind, ergeben können und ergeben werden. Das Thema Just Energy Transition Partnership und überhaupt Energie und Klimapartnerschaften ist für uns im BMZ zentral und ist etwas, was wir als BMZ auch mit unserer Delegation auf der COP 28 besonders eingebracht haben. Die Finanzierungsfragen, ganz generell die internationale Finanzarchitektur, mit Zugang zu Finanzsystemen für die betroffenen Länder, ist etwas, das wird uns auch noch weiter beschäftigen, und da müssen wir uns noch weiter mit auseinandersetzen, wie wir hier auch multilaterale Entwicklungsbanken und andere innovative Finanzierungsquellen heranziehen können, um insbesondere die Fragen des Klimawandels, der Klimaanpassung und von Verlusten und Schäden zu adressieren. Alles weitere nehme ich mit in die Fragerunde. Ich glaube, das kommt dem Vorsitzenden entgegen.

Sara Ahmed, Leiterin des Sekretariats der V20: Vielen Dank für die Einladung. Ich werde mich kurzfassen. Das CVF wurde 2009 von 11 Ländern auf den Malediven gegründet. Heute gehören dem CVF und der V20 mit ihren Finanzministern insgesamt 68 Länder an. Letztes Jahr wurden wir zu einer vollkommen unabhängigen zwischenstaatlichen Organisation mit Sitz in Ghana. Das CVF ist jetzt ein Zusammenschluss von Staatsoberhäuptern, und die V20, unsere operative Führung durch die Finanzminister, ist in der Lage, die politischen Ergebnisse in realwirtschaftliche Investitionen umzusetzen, die unsere Menschen seit langem verdient haben. Sie können sich vorstellen, dass die V20 angesichts der großen Mitgliederzahl von 1,74 Milliarden Menschen, also mehr als die Gesamtbevölkerung Chinas, praktisch alle Kriterien für die Auswirkungen des Klimawandels erfüllen. In den vergangenen 20 Jahren haben die V20 sehr viel Geld verloren; die Verluste und Schäden betragen mehr als eine halbe Billion US-Dollar. Mit anderen Worten: Ohne den Klimawandel wären die V20 und ihre Bewohner heute um 20 % reicher. Die V20 haben also 500 Milliarden US-Dollar durch den Klimawandel verloren. Zufälligerweise beträgt deren aktueller Schuldenstand ebenfalls 500 Milliarden Dollar. Wer hat also nach dieser Gleichung Schulden bei wem? Die Vernichtung von 20 % des Wohlstands und die Bemühungen um den Wiederaufbau nach der Pandemie haben zu einer untragbaren Verschuldung geführt und das in einer Zeit, in der wir investieren müssen. Die von den afrikanischen Ländern südlich der Sahara zur Tilgung der Schulden aufzubringenden Kosten erreichen zum Beispiel allein in den Jahren 2022 bis 2028 80 % des jährlichen Bedarfs an Klimafinanzierung. Infolgedessen sind die Fortschritte bei der Verwirklichung nachhaltiger Entwicklungsziele nach wie vor langsam und bestenfalls stockend. Dieses Jahr wird ein hartes Jahr für die V20. 91 Milliarden Dollar werden zur Schuldentilgung benötigt, und es steht viel auf dem Spiel. Das könnte ein Zeitpunkt sein, an dem wir für 2024 eine Version der Kölner Schuldeninitiative von 1999 brauchen, bei der Deutschland federführend war. Ich möchte nun auf einige wichtige Ergebnisse der COP 28 eingehen. Für die Verluste und Schäden-Fonds konnten mehr als 700 Millionen US-Dollar Spendengelder gesammelt werden. Das ist ein guter Anfang, zu dem Deutschland, die VAE und die EU einen wichtigen Beitrag leisten. Auch wenn allgemein davon ausgegangen wird, dass das dem Bedarf nicht gerecht wird, haben wir die Möglichkeit, diese Summe bis 2024 zu erhöhen. Zur Anpassung: Wir wissen, dass uns heute 366 Milliarden US-Dollar pro Jahr für die Anpassung fehlen. Zu Reduzierung und zum Ausstieg aus fossilen



Brennstoffen: Es fehlten eine klare Richtlinie für das Tempo und die erforderlichen Maßnahmen zur Einhaltung der Sicherheitsgrenze von 1,5 Grad Celsius, aber das kann mit der Aktualisierung der NDCs im Jahr 2025 korrigiert werden. Die Verdreifachung der Erneuerbaren Energien und die Verdoppelung der Energieeffizienz, die mit dem Ziel der Abkehr von fossilen Brennstoffen einhergehen, eröffnen jedoch, so schwach das auch klingen mag, neue Möglichkeiten, die Zusammenarbeit bei Erneuerbaren Energien zu verbessern und voranzutreiben. Es ist wichtig zu wissen, dass steigende Zinsen und die Schuldenlast dieses Ziel gefährden. Der Global Shield gegen Klimarisiken, eine wichtige Partnerschaft der V20 und G7, hat neue Finanzierungsquellen erschlossen. Es ist wichtig, diese Mittel weiter zu erhöhen. Der GCF konnte 12,8 Milliarden US-Dollar in 31 Ländern mobilisieren, aber man geht davon aus, dass auch das zu wenig ist. Das Ziel des GCF ist, bis 2030 mindestens 50 Milliarden Dollar aufzubringen. Das Fazit in Krisenzeiten lautet: Dem Menschen stehen zwei Optionen zur Wahl – Eigennutz und Solidarität. Der Global Shield ist Solidarität. Regierungen, Unternehmen und Haushalte sind mit hohen Verlusten und Schäden konfrontiert; der Global Shield ist hier von entscheidender Bedeutung, denn er unterstützt den effizienten Zugang zu Ressourcen in Katastrophenzeiten. Die Global-Shield-Pipeline umfasst acht Länder und den pazifischen Raum, seine Erweiterung ist für 2024 geplant. Rund 295 Millionen Euro wurden vom Global Shield aufgebracht, Deutschland ist der größte Unterstützer. Ich denke, dass angesichts der Erfahrungen Deutschlands mit dem jüngsten Hochwasser und früheren Überschwemmungen klar ist, dass die Vorbereitung und Anpassung viel Geld kosten, und wir hoffen, dass wir bis Ende 2024 mindestens 500 Millionen Euro erreichen können. Früher wurde der Begriff „Trade-offs“ rücksichtslos als Mittel zur Verzögerung der Finanzierung und Maßnahmen von allen Seiten verwendet. Von keinem Entwicklungsland sollte erwartet werden, dass es seine Bestrebungen, das langfristige Wohlergehen seiner Bevölkerung zu sichern, im Namen der Klimastabilität aufgibt, was nichts anderes bedeutet, als dass es die Zukunft seiner Bevölkerung zugunsten des Ausgleichs des Versäumnisses des Globalen Nordens, seinen fairen Anteil zu leisten, aufgibt. Aber was wäre, wenn wir Ihnen sagen würden, dass wir ein System entwickelt haben, in dem diese Ausrede wirkungslos wird und von dem alle profitieren können, sowohl der Globale Norden als auch der Globale Süden? Die 68 Mitglieder wollen keine kohlenstoffintensive Entwicklung, weil sie teuer und nicht nachhaltig ist. Entwicklung an sich ist nicht verhandelbar, aber mit den richtigen Projekten, Programmen und Finanzierungen sind Klimaschutz und Entwicklung keine Gegensätze mehr. Das sind Pläne für den Klimawohlstand. Wir bitten Sie nicht nur, in unsere Pläne zu investieren und sie zu unterstützen. Wir wollen, dass Sie verstehen, dass Ihre Unterstützung unserer Pläne für den Klimawohlstand die Meinung der V20 unterstützen, wonach es keine Trade-offs zu geben braucht. Bislang haben Bangladesch, Ghana und Sri Lanka ihre Klimapläne abgeschlossen, über 30 Mitgliedsländer sind noch dabei. Alle V20-Mitglieder haben Schwierigkeiten, die notwendigen Finanzmittel und Investitionen zu mobilisieren. Wir können diesen Kurs mit der internationalen Finanzreformagenda korrigieren. Wir haben deshalb in den Hintergrunddokumenten die Agenda von Accra bis Marrakesch vorgestellt, die eine längerfristige Reform mit sofortiger Anwendung darstellt und gleichzeitig entscheidende Verbesserungen vorantreibt. Es ist an der Zeit, den Schwächsten Kredite einzuräumen, die Zinssätze für Investitionen zu senken und den globalen Austausch über die Kohlenstofffinanzierung zu erleichtern. Ebenso dringend ist, die Klimarisiken vollständig in die Planung von Investitionsprozessen und -instrumenten einzubeziehen, unter anderem durch Initiativen wie den Global Shield, den die vom Klimawandel betroffenen Länder schon lange gefordert haben. Es wurden auch Folien mit 12 Punkten für einen Aufruf zum Handeln verteilt, den wir 2024 gemeinsam angehen und umsetzen müssen. Wir müssen also mehr Kapital von multilateralen Entwicklungsbanken freisetzen. Wir brauchen vor allem ihre Unterstützung, um die Transparenz und die Aufsichtsfunktion von Rating-Agenturen und Rückversicherungsunternehmen zu verbessern, damit sie keine Fehlbewertungen und falschen Risikoeinstufungen vornehmen. Wir brauchen nachhaltige Optionen für die Aufnahme von Krediten, die für Investitionen in produktive, klimaschonende Programme verwendet werden. Der IWF hat zum Schutz des Grenzwerts von 1,5 Grad Celsius einen Kohlenstoffpreis von 85 Dollar pro Tonne bis 2030 errechnet. Das müssen wir gemeinsam fördern, um neue Investitionsmöglichkeiten in den Volkswirtschaften der V20 zu schaffen. Der Wandel ist schneller und dauerhafter, wenn wir zusammenarbeiten. Wir hoffen, dass wir auf Ihre langfristige Unterstützung und Partnerschaft für die unabhängige V20-Institution in Ghana bauen können. Wir hoffen auch, dass wir auf



Ihre Unterstützung im IWF bei der Anerkennung der V20 als offizielle Gruppe zählen können, damit die am stärksten vom Klima gefährdeten Volkswirtschaften mit am Tisch sitzen und wir gemeinsam dazu beitragen können, die Klimaagenda des IWF wirkungsvoller zu gestalten. Die Mobilisierung von Ressourcen und das Eintreten für diese Ziele, wie z. B. Mittel für den GCF, den Global Shield und alternative Finanzierungsquellen, z. B. durch internationale Steuern, werden ebenfalls wichtig sein. Ich danke Ihnen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für die interessante Zusammenfassung und die vielen Zahlen, die Sie genannt haben, und wir würden mit unserer Berichterstatterrunde beginnen bei der SPD, Dr. Diaby.

Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD): Herzlichen Dank für die Berichte. Ich war persönlich bei der COP und war total beeindruckt, vor allem von der Anwesenheit von vielen, vielen jüngeren Leuten. Das ist ein positives Merkmal dieser COP. Ich denke, Klimagerechtigkeit gehört auch zu den Forderungen für die am meisten betroffenen Staaten nach gerechter Finanzierung. Das ist ein Thema, was Sie auch gerade angesprochen haben. Wichtig ist aus meiner Sicht: Wie können wir bei der nachhaltigen Transformation von den Staaten des Globalen Südens lernen? Da passieren auch viele innovative Dinge. Ich darf vielleicht ein konkretes Beispiel nennen, das ganz neu ist. Vor drei Tagen wurden zum Beispiel im Senegal in Dakar 121 Elektrobusse eingesetzt und das in einer Stadt, wo die Emissionen wirklich sehr hoch sind. Das ist ein sehr gutes Beispiel. Meine zwei Fragen an Frau Ahmed sind: Was sind denn die Empfehlungen an uns, an Deutschland, aber auch an die Abgeordneten? Was können wir in puncto Klimaschutz und Erneuerbare Energien von V20-Staaten lernen? Die zweite Frage ist: Was muss denn aus Ihrer Sicht in Bezug auf die Finanzierung von Schäden und Verluste im Nachgang der COP 28 ganz konkret und dringend prioritär passieren? Sie haben einige Empfehlungen schon gegeben. Aber was muss denn jetzt sofort prioritär passieren? Danke schön.

Sara Ahmed, Leiterin des Sekretariats der V20: Ich werde mich kurzfassen. Ich danke Ihnen für die Fragen. Zu den Referenzen: Die V20-Volkswirtschaften waren mit extremen Wetterereignissen konfrontiert. Wir sehen, dass ähnliche Ereignisse jetzt in Europa stattfinden. Ich denke, dass es hier um Frühwarnsysteme und belastbare Investitionen geht, die wir zu tätigen versuchen, die Finanzierung fehlt natürlich, aber wir haben Unterstützungspläne. Ich denke, dass wir uns hier austauschen können. Vielleicht könnten wir unsere Systeme gemeinsam zur Verkürzung der Reaktionszeit nutzen, und wir könnten über Prioritäten bei begrenzten Budgets sprechen. Diese Erfahrungen haben wir in den V20-Volkswirtschaften gemacht. Ein weiterer interessanter Punkt meiner Ansicht nach ist, dass wir den Reichtum, die Erneuerbaren Energien und die Wohlstandsmöglichkeiten in den V20 erkannt haben. Die Finanzierung ist jedoch nach wie vor ein Hindernis, aber die Wirtschaftlichkeit ist gegeben, und vielleicht können wir das hier vermitteln. Zu dem, was sich bei Verlusten und Schäden ändern oder hilfreicher sein muss, damit die Wirkung größer wird: Zum einen ist der Fonds bei der Weltbank angesiedelt. Es ist an der Zeit, sich mit dem operativen Geschäft zu befassen, das sich von der Politik der Verluste und Schäden stark unterscheiden wird. Es wird darum gehen, wie wir die Länder mit Budgethilfe und Plänen unterstützen können, um sicherzustellen, dass sie die Mittel für Verluste und Schäden richtig investieren und dass sie die am stärksten gefährdeten Gemeinden und die gefährdete Infrastruktur erreichen. Ich denke, dass es wichtig wäre, dass die Finanzminister der durch den Klimawandel gefährdeten Volkswirtschaften im Vorstand vertreten sind, denn sie sind die Investitionsmanager und Risikomanager der Länder. Zum anderen bin ich der Ansicht, dass wir die Ausgabenlinien für Verluste und Schäden festlegen müssen, damit klar ist, wohin diese Mittel fließen und wie sie die Länder unterstützen können.

Abg. **Dr. Wolfgang Stefinger** (CDU/CSU): Ich möchte direkt starten mit Fragen an die Bundesregierung. PStSn Dr. Kofler, Sie haben ausgeführt, dass insbesondere beim Klimaschutzschirm die Bundesregierung sehr aktiv war. Und wenn ich das jetzt richtig sehe, sind auch einige Finanzausgaben gemacht worden. 60 Millionen Euro für den VN-Anpassungsfonds und 100 Millionen Euro für den Loss and Damage Fund. Erste Frage: Aufgrund der angespannten Haushaltslage: Hält die Bundesregierung diese Zusagen aufrecht?



PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Entschuldigung, ich wusste nicht, dass ich schon antworten soll. Ich sage kurz ja.

Abg. **Dr. Wolfgang Stefinger** (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. Zweite Frage: Wie teilen sich denn die Finanzzusagen auf die Haushalte der einzelnen Ministerien auf?

PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Wenn ich ganz ehrlich bin, das muss ich nachliefern, das habe ich auswendig nicht präsent. Es sei denn, Sie sehen, wir sind aus einem Guss, hier sind BMUV, AA und BMZ. Wenn die Kolleginnen das zufällig wissen, das wäre natürlich super. Ich sehe ein Nicken, dann können sie es gleich beantworten.

MDgn **Dr. Heike Henn**, Leiterin Unterabteilung 42 (BMZ): Der Anpassungsfonds wird aus dem Haushalt der IKI (Internationale Klimaschutzinitiative), vom BMWK dann vom BMUV und dem AA finanziert, die 60 Millionen Euro und die 100 Millionen Euro aus dem Haushalt des BMZ fließen in den Loss and Damage Fund.

Abg. **Dr. Wolfgang Stefinger** (CDU/CSU): Komplette aus dem Haushalt des BMZ? Okay, vielen Dank. Dann darf ich weiter fragen, und zwar zum Thema Emissionshandel. Hier ist kein Ergebnis erzielt worden, insbesondere, was Artikel 6 des Pariser Abkommens betrifft, nämlich, dass künftig auch CO₂-Zertifikate untereinander, Länder untereinander, gehandelt werden können. Vor allem, glaube ich, wäre es sinnvoll oder sehr wichtig gewesen, hier einen Schwerpunkt zu setzen. Denn man hätte damit einen Anreiz setzen können für Industrienationen und auch Unternehmen aus Industrienationen, eine klimafreundliche Wirtschaft in den entsprechenden Staaten des Globalen Südens mit zu unterstützen. Wieso hat die Bundesregierung hierauf in den Verhandlungen keinen Schwerpunkt gesetzt?

PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Ich gebe Ihnen recht, das ist ein entscheidender und ein wichtiger Punkt. Ich sage auch, wir haben uns dafür stark gemacht und eingesetzt, das BMWK ist federführend für diesen Bereich. Für uns als BMZ sind die Punkte, die Sie genannt haben, sehr wichtig. Das Thema Marktmechanismen unter Artikel 6 ist auch etwas, wo wir uns als Deutschland im Sinne einer EU-Positionierung für einen zentralen Ansatz stark gemacht haben, der auch entsprechend Transparenz und Klimaambitionen in den Kohlenstoffmärkten sichern sollte. Es gibt auch Länder, die logischerweise auf einer solchen COP agieren und andere Positionen vertreten haben, das ist Ihnen sicher bekannt. Die USA, auch die VAE, haben sich für ein flexibleres, wenn man so sagen darf, Marktsystem entschieden.

Abg. **Dr. Wolfgang Stefinger** (CDU/CSU): Sie haben das BMWK mit angesprochen. Also hat es im Vorfeld keine Abstimmung gegeben innerhalb der Bundesregierung?

PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Es gibt immer Abstimmungen innerhalb der Bundesregierung, das kann ich ganz deutlich sagen. Ich habe nur gesagt, das BMWK ist federführend für dieses Thema, nicht das BMZ. Das war meine Aussage. Aber Sie können davon ausgehen, es gibt immer Abstimmungen innerhalb der beteiligten Ressorts, insbesondere im Bereich Klimaschutz.

Abg. **Katrin Henneberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Ahmed, Sie hatten zu Anfang die Zerstörung von Wohlstand durch die Auswirkungen der Klimakrise thematisiert und mit der Frage der Entschuldigung in Verbindung gebracht. Da würde ich Sie bitten, noch einmal Ihre Forderungen auch an uns Parlamentarier und Parlamentarierinnen auszuführen. Dann die Frage sowohl an Frau Ahmed als auch an PStSn Dr. Kofler: Ein Ergebnis der COP war die Etablierung von Frühwarnsystemen global bis 2027, und da würde mich sehr interessieren, mit welchen Maßnahmen der Zusammenarbeit Sie das begleiten wollen. An Frau Ahmed, welche Bedürfnisse würden Sie aus Ihrer Perspektive formulieren?



Sara Ahmed, Leiterin des Sekretariats der V20: In Bezug auf die Zerstörung von Wohlstand und die Verknüpfung mit der Schuldenfrage ist das der Status quo. Gegenwärtig haben die Regierungen in den Entwicklungsländern keinen fiskalischen Spielraum, was bedeutet, dass wir nicht investieren können, selbst wenn wir wollten und selbst, wenn es absolut sinnvoll wäre. Wichtig ist also, dass das keine Einbahnstraße ist. Diese Entlastung sollte nicht ohne einen Klimaplan und ohne Klarheit erfolgen, wobei die Entlastung dann Raum für Investitionen schaffen würde. Der Vorschlag, mit dem sich die V20-Volkswirtschaften befassen, sieht vor, dass sie ihren Plan für den Wohlstand im Zeichen des Klimawandels vorlegen. Dieser Plan soll klare Investitionen enthalten, die sie tätigen würden, wenn sie durch den Schuldenerlass finanziellen Spielraum erhielten. So könnten wir einen Beitrag zum Minderungsziel von 1,5 Grad leisten und unsere Infrastruktur und Systeme anpassen. Zu den Frühwarnsystemen: Die Frühwarnsysteme unserer Mitglieder reichen nicht aus. Wir müssen einen Weg finden, sie einzurichten, aber auch die notwendige Finanzierung dafür sicherstellen. Dies steht also in engem Zusammenhang mit Verlusten und Schäden. Wenn wir über Frühwarnsysteme verfügen, können wir nicht nur die Schulden reduzieren, sondern auch die Investitionen, die wir im Vorfeld tätigen müssen, um weitere Schäden zu verhindern. Ich bin der Meinung, dass es hier einen klaren Zusammenhang mit Verlusten und Schäden und der Verbesserung der Frühwarnsysteme in den durch den Klimawandel gefährdeten Ländern gibt.

PSStn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Sie haben recht, das Thema Frühwarnsysteme ist eines der wichtigen und entscheidenden. Es ist etwas, was der VN-Generalsekretär noch einmal herausgestellt hat und als besonders wichtig bezeichnet hat. Instrumente sind, ich nenne jetzt nur ein Beispiel, die Weltmeteorologische Organisation, die mit ihren Instrumenten auch an den Frühwarnsystemen beteiligt ist. Das sind auch Dinge, die wir unterstützen und begleiten. Ich sage aber auch noch einmal rückgreifend zu dem, was ich zum globalen Schutzschirm gesagt habe, auch das ist etwas, wo Frühwarnsysteme eine entscheidende Rolle spielen, weil wir die Vulnerabilität von Ländern und deren Risiken an den Anfang stellen und die Risikoanalysen. Was ist in den Ländern das wahrscheinliche Szenario? Wie können wir rechtzeitig präventiv am besten Maßnahmen ergreifen, um die Länder in eine bessere Ausgangsposition zu versetzen? Das ist Teil dessen, was wir im Global Shield machen und unterstützen.

Der **Vorsitzende**: Für die Fraktion der FDP bin ich selbst Berichterstatter.

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP): Zunächst einmal: Ich glaube, dass die COP 28 insgesamt ein Erfolg ist. Ich glaube, deutsche Ideen, die die Bundesregierung eingebracht hat, haben dabei geholfen, dass verschiedene Punkte weiter vorangebracht werden konnten. Nichtsdestotrotz müssen wir feststellen, dass der CO₂-Gehalt der Atmosphäre weiter ansteigt, die Temperatur global weiter ansteigt und dass wir eigentlich noch keinen entscheidenden Durchbruch haben bei der Reduktion der fossilen Brennstoffe. Wie können wir das machen? An Frau Ahmed die Frage: Kann CCS, Carbon Capture and Storage, eine Rolle spielen – aus Ihrer Sicht? Wie glauben Sie, könnten die vulnerablen Staaten noch besser geschützt werden vor den drohenden Gefahren, die absehbar kommen werden für diese Staaten über das hinaus, was ich schon bereits gesagt hatte.

Sara Ahmed, Leiterin des Sekretariats der V20: Vielen Dank für die Frage zu CCS. Zum einen haben wir keine erprobte CCS-Technologie, es ist also zurzeit praktisch unmöglich. Ich sehe jedoch einen Weg für die Nutzung des CCS-Prinzips. Das hängt mit den Kohlenstoffmärkten und der Kohlenstofffinanzierung zusammen. Wir müssen die V20-Volkswirtschaften beispielsweise mit ihrem fairen Anteil einbinden, denn wir sind historisch und aktuell arm und verursachen keine Emissionen. Wir haben jedoch ein Budget, um unseren fairen Anteil an den Emissionen zu erreichen. Wir könnten also einen Handel und Austausch vorschlagen: Artikel 6.2 des Pariser Abkommens, international gehandelte Minderungsergebnisse. Das könnten Ihre CCS-Anteile sein. Allerdings würde man in den Entwicklungsländern in Erneuerbare Energien investieren, und Sie würden im Ergebnis dafür unsere Emissionsgutschriften in Anspruch nehmen. Das könnte also eine Möglichkeit sein, Kohlenstoff abzuscheiden, im Kontext von CCS. Für den Beitrag zu einem besseren Schutz ist nichts nützlicher als die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze des Pariser



Abkommens. Es ist eine existenzielle Krise für viele der niedrig gelegenen Mitgliedsländer. Außerdem ist zu beachten, dass es auch bei der Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze zu Verlusten und Schäden kommen wird und Anpassungen erforderlich sein werden. Wenn wir also das Finanzierungsproblem in den kommenden zwei Jahren lösen können, fallen die Schäden weitaus kleiner aus. Außerdem können wir jetzt bereits sicherstellen, dass die gesamte Infrastruktur, in die die Weltbank und alle Infrastrukturen, in die Regierungen investieren, angepasst und widerstandsfähig sind, aber dazu brauchen wir auch den IWF. Der IWF muss verstehen, dass wir der Wirtschaft durch den Ausbau der Infrastruktur wie gewohnt nicht noch mehr physische Risiken aufbürden können. Es gibt also Möglichkeiten, wie wir uns besser schützen können. Das können wir durch die Nutzung der Macht Deutschlands im multilateralen System erreichen. So können wir dann besser in die vom Klimawandel bedrohten Länder investieren.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank dafür und für die AfD, Herr Naujok.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Ich habe Fragen an Frau Ahmed. In welchem Umfang setzen die Mitgliedsländer der V20 weiterhin auf fossile Energieträger wie Erdöl und Erdgas? Im Dezember 2021 haben Sie eine Auszeichnung erhalten. Könnten Sie uns freundlicherweise kurz den Kern Ihrer Ausarbeitungen schildern, für welche Sie diese Auszeichnung erhalten haben? Werden Ihre Vorschläge tatsächlich realpolitisch umgesetzt?

Sara Ahmed, Leiterin des Sekretariats der V20: Die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und das damit verbundene Risiko sind sehr hoch. Ein Großteil der Mitglieder importiert fossile Brennstoffe. Wir sind daher extremen Schwankungen und sehr teuren Importen ausgesetzt. Gleichzeitig verfügen wir über viel Potenzial für Erneuerbare Energien, das wir aufgrund der Finanzierungsprobleme nicht nutzen können. Die Zinssätze in unseren Ländern sind hoch. Sie sind manchmal zweistellig, daher müssen wir dieses Risiko aus finanzieller und wirtschaftlicher Sicht verringern, und damit tragen wir zur Verringerung oder Sicherung der Klimastabilität bei. In den Ländern, die über fossile Brennstoffe verfügen, ist das Angebot zu niedrig, um ihre finanzielle Situation wirklich zu beeinflussen. Es gibt so viel mehr, was sie im Bereich der Erneuerbaren Energien nutzen können. Die Finanzierung erfolgte durch den Climate Breakthrough Award: Philanthropen unterstützen Ideen, die zur Verringerung oder zur Sicherung der Klimastabilität beitragen könnten. Zuvor hatte ich mich mit einer Kohlesteuer auf den Philippinen befasst und das Risiko verlorener Investitionen in diesem Land aufgedeckt, ein Risiko mit einem Wert von etwa 20 Milliarden US-Dollar, für das die Allgemeinheit zahlen musste und aktuell auch zahlt. Mein Hintergrund liegt also hauptsächlich im Energiesektor, aber ja, der Award wird für die Entwicklung der Klimaschutzpläne der V20-Länder vergeben. Das Geld wurde also zur Anschubfinanzierung für eine Eigeninitiative des Landes verwendet.

Abg. **Sanae Abdi** (SPD): Vielen Dank, Frau Ahmed, für Ihre Ausführungen. Ich würde gerne noch einmal auf einen Punkt eingehen, den Sie anfangs angesprochen hatten, nämlich die Schuldenfrage. Wäre es nicht sinnvoll, nicht nur für den Loss and Damage-Fonds zu werben, wie es die Bundesregierung sehr erfolgreich getan hat, sondern auch dafür, dass das Geld nach einer Klimakatastrophe in den betroffenen Ländern bleibt? Also, dass Länder nach einer Klimakatastrophe ihre Schuldenzahlungen einstellen können, ohne dafür Sanktionen zu befürchten. Inwiefern spielen diese Überlegungen eine Rolle? Die Frage würde ich dann gerne auch an die Bundesregierung richten. Danke.

Sara Ahmed, Leiterin des Sekretariats der V20: Vielen Dank für die Frage. Ich denke, die Schuldenpausen, so sind die Schulden der kleinen Inselstaaten bei der Weltbank zurzeit ausgesetzt. Dies ist ein Durchbruch im Vergleich zum letzten Jahr. Ich meine jedoch, dass es sinnvoller wäre, dafür zu sorgen, dass zukünftige Schulden, alle Schulden, schockresistent sind. Auf diese Weise könnten wir im Falle einer Klimakatastrophe das Land entlasten, denn die Pause verschiebt das Problem nur nach hinten, löst es aber nicht wirklich. Wir sollten uns also im Rahmen der internationalen Finanzreform mit schockresistenten Schulden befassen. Die Weltbank wäre meiner Meinung nach am geeignetsten, um damit zu beginnen.



Mit Unterstützung von deutschen Vorstandsmitgliedern und der Bank.

PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Ich glaube, es ist wichtig, dass wir über das Thema Zugang zu Finanzen im Kontext, was tun wir dann, um globale Fragen wie Klimawandel anzugehen, in den Blick nehmen. Das ist nicht nur eine finanzpolitische oder eine umweltpolitische Frage, sondern das muss zusammengedacht werden. Schuldenerlass, glaube ich, ist etwas, das man noch größer sehen muss. Nicht nur im Kontext mit Klimakatastrophen, sondern, wo kann Schuldenumwandlung zum Beispiel, also die oft genannten Swaps, dazu beitragen, dass dieses Geld nicht zurückgezahlt werden muss, aber sinnvoll investiert wird, entweder in Klimaanpassungsmaßnahmen, zum Beispiel in ländlichen Räumen für landwirtschaftliche Produktion, Nahrungsmittelproduktion oder aber auch zum Thema Aufbau von eigenen Energiesystemen. Wir haben gerade gehört, wie schwierig es für die V20 ist, ihre eigene Energieversorgung auf Basis von EE voranzubringen, aus finanziellen Gründen, aufgrund der fehlenden Zugänge zu Kapitalmärkten oder zu so überhöhten Zinsen, dass es einfach nicht refinanzierbar ist. Also diese Instrumente zu nutzen, wo immer es auch von der Gesamtarchitektur eines Landes möglich ist, glaube ich, ist eine spannende Frage. Es würde sich lohnen, diese hier nochmals vertiefter zu diskutieren; dazu kann ich nur anregen. Das Thema Zugang zu Finanzmärkten, glaube ich, spielt auch eine große Rolle, was wir auch im Rahmen der Weltbankreform, aber auch in der Debatte der Reform der multilateralen Entwicklungsbanken anstreben, dass leichtere Zugänge, bessere Zugänge additiv zu den üblichen Entwicklungsaufgaben zur Verfügung stehen müssen, damit die Länder Chancen haben, an Gelder zu kommen, die sie nicht woanders, zum Beispiel bei der Ernährungssicherheit oder der Bildung, einsparen müssen. Also hier ist dringender Handlungsbedarf.

Abg. **Dr. Wolfgang Stefinger** (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Sie, Frau Ahmed. Sie haben gerade von direkten Budgethilfen gesprochen, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Können Sie uns vielleicht einen Hinweis geben, weil Sie gesagt haben, wir müssen auch sicherstellen, dass diese Budgethilfen dann richtig investiert werden: Mit welchen Mechanismen würden Sie denn diese Sicherstellung vorantreiben und die Überprüfung dann am Ende sicherstellen? Können Sie sich vorstellen, dass es auch Sanktionsmöglichkeiten für Länder gibt, die diese Gelder nicht entsprechend einsetzen? Denn Budgethilfen sind durchaus häufig, auch in der Vergangenheit, wenn wir das anschauen, nicht immer, sage ich mal, zielgerichtet investiert worden, das Geld, das zur Verfügung gestellt wurde.

Sara Ahmed, Leiterin des Sekretariats der V20: Ich danke Ihnen für die Frage zur Budgethilfe. Bei Verlusten und Schäden ist in der Regel nicht klar, wo man investieren muss, bis man vor Ort ist und weiß, dass man die Lebensmittel- und Wasserversorgung sicherstellen und die Menschen an einen anderen Ort bringen muss. Es handelt sich also um eine ganze Reihe verschiedener Ausgabenlinien. Das ist in einem ersten Projektvorschlag nur schwer zusammenzufassen, denn wenn die Katastrophe eintritt, kann es in einem Gebiet zu Überschwemmungen kommen und in einem anderen nicht. Das ist eine Herausforderung. Deshalb wäre die Budgethilfe in diesem Fall sinnvoll. Zur Überwachung und Bewertung: Die multilateralen Entwicklungsbanken haben bereits eine Art von Budgethilfe gewährt, bei der klar ist, wofür diese Mittel ausgegeben werden sollen. Das basiert darauf, dass sich vielleicht das Ministerium für Katastrophenschutz und Risikomanagement damit befasst, diese Mittel investiert oder die Mittel in einen kommunalen Fonds fließen, der dann für X, Y und Z verwendet wird. Das multilaterale System hat Erfahrung damit. Zur Sicherstellung der Einhaltung könnte der Zugang zum Fonds für Verluste und Schäden, wenn er beispielsweise von einem Land missbraucht wird, zukünftig für dieses Land nicht mehr garantiert werden. Richtig? Es muss also in beide Richtungen gehen, und wir müssen flexibel sein, damit die Länder entscheiden können, wo sie die Ressourcen einsetzen, wenn die Katastrophe eintritt oder kurz davor, weil die Auswirkungen so unterschiedlich sind. Gleichzeitig muss es Möglichkeiten geben, sicherzustellen und durchzusetzen, dass das Geld auf verantwortungsvolle Weise ausgegeben wird. Ich meine, dass dies sehr wohl Teil der Gestaltung der Finanzierung von Verlusten und Schäden über die Weltbank sein könnte.



Abg. **Katrin Henneberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank! Mit der Bereitstellung der 200 Millionen US-Dollar zu Beginn der VN-Klimakonferenz war gesichert, dass sie bei der Weltbank gegründet worden ist, weshalb das auch so wichtig war, diese 200 Millionen insgesamt direkt zur Verfügung zu stellen. Nun interessieren mich aber auch die nächsten Schritte. Wann setzt sich das Board zusammen? Bis wann können wir mit einer Realisierung rechnen? Es wurde auch vereinbart, dass zivilgesellschaftliche Akteure und marginalisierte Gruppen, beispielsweise Plattformen der indigenen Bevölkerung, natürlich mitberatend weiterhin am Tisch sitzen, so wie das im letzten Jahr auch der Fall war, was ein sehr guter Prozess war, wofür ich mich noch einmal herzlich bedanken möchte. Auch für das Engagement der deutschen Bundesregierung, dass dies so möglich war. Welchen Zeitplan sehen wir in diesem Jahr vor uns, und wann können wir damit rechnen, dass die Gelder insgesamt eingesetzt werden können? Als zweite Frage nehme ich Bezug auf die Ergebnisse der Klimakonferenz. Es wurde die Energiearmut sehr klar benannt als Themenfeld, wo wir dringend mehr machen müssen. Da würde ich sehr gerne an Frau Ahmed die Frage stellen, welche Forderungen Sie hier haben, auch an uns, an Deutschland, mit Blick auf Energiearmut, mit Blick auf den Ausbau von Erneuerbaren Energien, natürlich auch sehr gerne mit Blick auf finanzielle Zusagen und Investitionen, welche Forderungen Sie hier auch an uns stellen, wofür wir uns einsetzen sollten.

Sara Ahmed, Leiterin des Sekretariats der V20: Ich danke Ihnen. Ich werde auf die Frage zur Energiearmut eingehen. Zum einen gibt es über eine halbe Milliarde Menschen auf der Welt, die keinen Zugang zu Energie haben, und alle, die Zugang zu Energie haben, leben in weit entfernten Gebieten, die nicht an das Hauptnetz angeschlossen sind. Ihre Stromversorgung ist deshalb instabil und sehr teuer. Es handelt sich also nach wie vor um ein zentrales Thema, um eine Entwicklungsfrage. Deshalb ist es angesichts der Wachstumsverläufe, des Bevölkerungswachstums und des Energiebedarfs klar, dass wir unser Energiesystem noch nicht so ausgebaut haben, wie wir es brauchen. Das bedeutet, dass wir die Möglichkeit haben, das heute und nicht später zu ändern. Wir haben vielleicht schon 20 % unseres Energienetzes abgedeckt, es gibt also noch eine riesige Menge an Erneuerbaren Energien, die wir heute in den Systemen der Entwicklungsländer nutzen könnten. Das habe ich bereits in meiner Antwort auf die Frage nach der Finanzierung erwähnt. Aber ich denke, dass auch die Herstellung und der Technologietransfer von entscheidender Bedeutung sind. Aber Technologietransfer in der Art, dass vielleicht deutsche oder europäische Unternehmen in unsere Länder kommen und Produktionsstätten bauen, um dann bestimmte Regionen zu bedienen. Ich spreche also eher von Handel und wirtschaftlicher Zusammenarbeit, wo man die Technologie einbringen und nicht alle Komponenten, aber bestimmte Komponenten herstellen könnte, sodass wir auch Arbeitsplätze in der Region schaffen könnten und zudem Wege finden, bei denen es vielleicht einige einheimische Ressourcen gibt, wie für den Übergang kritische Mineralien, zum Beispiel für die Speicherung, denn wir müssen mit Batterien arbeiten. Es gibt also eine ganze Reihe neuer Technologien. Ich denke, wenn wir einen Weg finden, unsere Lieferketten und die Produktion miteinander zu verknüpfen, gewinnen wir alle, sowohl Wohlstand als auch bei der Nachhaltigkeit unserer Gesellschaften.

PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Nur den einen Satz: Den Zeitplan lassen wir Ihnen einfach zukommen, weil wir es aufgrund der Zeit jetzt gerade nicht mehr schaffen.

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP): Meine Frage geht an Frau Ahmed zu einem konkreten Beispiel - nochmals Senegal. Der deutsche Bundeskanzler war im Senegal. Er hat gesprochen über die Ausbeutung eines Gasfeldes. Der Senegal selber braucht dringend Strom, denn er ist auch ein energiearmer Staat eigentlich und verstromt im Augenblick viel Kohle. Wie würden Sie die Situation dort einschätzen? Soll das Erdgasfeld ausgebeutet werden, dort verstromt werden und damit Einkommen generieren, um vielleicht weitere Infrastruktur bilden zu können? Wie ist da Ihre Einschätzung?

Sara Ahmed, Leiterin des Sekretariats der V20: Vielen Dank. Die derzeitige Finanzarchitektur zeigt dem Senegal, dass es besser ist, auf das heimische Gas zu setzen. Wenn wir jedoch sicherstellen, dass wir Zugang zu günstigem Kapital haben, brauchen wir nicht das günstige Gaskraftwerk zu bauen. Ich denke, es



ist wichtig zu wissen, dass jedes Land, das in die Produktion einsteigt, d. h. eigenes Gas oder eigene Kohle fördert, alle Risiken eingeht, aber mit den Preisen auf dem internationalen Markt und hoher Volatilität konfrontiert ist. Aus finanzieller und wirtschaftlicher Sicht sollten die senegalesische Regierung und die Partner, die das Projekt unterstützen, nicht auf das nationale Gasfeld setzen, sondern nach Möglichkeiten suchen, wie sie die einheimischen Erneuerbaren Energien mit Speicheranlagen nutzen und auch das Stromnetz verbessern können. Viele Länder werden enorme Investitionen in die Netze tätigen müssen, um den Strom von einem Ende zum anderen zu transportieren, aber auch um sicherzustellen, dass die Netze im Katastrophenfall belastbar sind. Ich denke also, dass einheimische fossile Brennstoffe aus finanzieller Sicht ziemlich gefährlich sind. Abgesehen vom Klimawandel ist das gefährlich für die Bilanz der Regierung, aber der Klimawandel macht es für alle anderen nur noch schlimmer.

Abg. **Dr. Christoph Hoffmann** (FDP): Ich muss noch eine Zusatzfrage stellen in der Sache. Sie sagen, das Potenzial der Erneuerbaren Energie könnte gehoben werden im Senegal als Beispiel. Das ist natürlich richtig. Die Frage ist nur: Ist die Geschwindigkeit hoch genug, das wirklich zu machen, weil sie einen hohen Bedarf in den urbanen Zentren haben?

Sara Ahmed, Leiterin des Sekretariats der, V20: Ja, das ist eine gute Frage. Erneuerbare Energien lassen sich tatsächlich schneller ausbauen als fossile Brennstoffe. Es dauert etwa drei bis acht Jahre, um fossile Brennstoffe zu entwickeln, zu fördern und zu verarbeiten, und die gesamte benötigte Infrastruktur amortisiert sich über etwa 30 Jahre. Aber bei den Erneuerbaren Energien sprechen wir von 11 Monaten bis zu zwei Jahren und eine kürzere Amortisationszeit von 10 bis 15 Jahren. Wenn man also heute dringend Strom braucht, sind Erneuerbare Energien viel schneller. Wir sehen heute schon, dass in netzfernen Gebieten Erneuerbare Energien eingesetzt werden, weil sie günstiger und leichter zugänglich sind. Daher muss meiner Meinung nach die Arbeitsplatzkomponente unbedingt berücksichtigt werden. Heute können durch Erneuerbare Energien erheblich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden als in der Fossilbrennstoffindustrie, da sie einen Großteil ihrer Prozesse automatisiert. Bei Erneuerbaren Energien braucht man immer noch Menschen, die die Anlagen reinigen und warten und so weiter. In Anbetracht der Nachwehen der Pandemie und der noch nicht abgeschlossenen Erholungsphase, halte ich Erneuerbare Energien für die bessere Option.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Vielen Dank. Ich hätte eine Frage an die Bundesregierung. In welchem Umfang wird Deutschland bzw. die EU in diesem Jahr auf weitere Importe von russischem LNG setzen, um die nationalen bzw. europäischen klimapolitischen Ziele zu erreichen? Zweitens, gibt es seitens der Bundesregierung politische Initiativen, Lithium aus der Ostukraine im europäischen Markt für Grüne Energien zu platzieren? Welche Rolle spielt Lithium generell auf der COP 28?

PStSn **Dr. Bärbel Kofler** (BMZ): Die erste Frage mit russischem LNG kann ich mit „Nein“ beantworten. Wir, wie Sie in den letzten zwei Jahren mitbekommen haben, haben alles dafür getan, unsere Gasimporte aus Russland auf null zu fahren. Das ist auch die Linie, die wir als gesamte Bundesregierung weiterführen wollen und werden. Die Frage Lithiumexporte aus der Ostukraine kann ich nicht beantworten, weil das etwas ist, was das BMWK zu bearbeiten hat, wo hauptsächlich das Thema der Rohstoffimporte angesiedelt ist. Da glaube ich, dass wir das schriftlich nachliefern können, als Bundesregierung, und das natürlich gerne gemacht wird. Vielleicht kann ich Frau Dr. Henn bitten, die Frage, ob Lithium auf der COP eine Rolle gespielt hat, zu beantworten, weil sie vor Ort die größte Expertise dazu hat.

MDgn **Dr. Heike Henn**, Leiterin Unterabteilung 42 (BMZ): Vielen Dank. Die notwendigen Rohstoffe für die Energiewende waren in den verschiedenen Veranstaltungen auch Thema. Ukraine-Lithium ist mir nicht bekannt.

Der **Vorsitzende**: Genau. Noch etwas dazu? Also gut, wird nachgereicht. Damit hätten wir auch die zweite Berichterstatterrunde geschafft. Ich muss mich bedanken bei allen, die hier teilgenommen haben. Frau



Ahmed, schön, dass Sie da waren, und bei den Beteiligten der verschiedenen Ministerien hier bei uns auf dem Podium. Vielen Dank, dass Sie uns geholfen haben.

Ende der Sitzung: 12:48 Uhr

Dr. Christoph Hoffmann, MdB
Amt. Vorsitzender